

BL die Bayerische Lebensversicherung AG

Bericht über Solvabilität und Finanzlage 2025

Ziffer	Inhaltsverzeichnis	Seite
	Zusammenfassung	4
	A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1	Geschäftstätigkeit	5
A.2	Versicherungstechnisches Ergebnis	7
A.3	Anlageergebnis	10
A.4	Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	11
A.5	Sonstige Angaben	11
	B. Governance-System	12
B.1	Allgemeine Angaben zum Governance-System	12
B.2	Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	21
B.3	Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	21
B.4	Internes Kontrollsystem	24
B.5	Funktion der Internen Revision	26
B.6	Versicherungsmathematische Funktion	27
B.7	Outsourcing	27
B.8.	Sonstige Angaben	28
	C. Risikoprofil	29
C.1	Versicherungstechnisches Risiko	29
C.2	Marktrisiko	30
C.3	Kreditrisiko	32
C.4	Liquiditätsrisiko	32
C.5	Operationelles Risiko	33
C.6	Andere wesentliche Risiken	34
C.7	Sonstige Angaben	34
	D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	35
D.1	Vermögenswerte	35
D.2	Versicherungstechnische Rückstellungen	39
D.3	Sonstige Verbindlichkeiten	41
D.4	Alternative Bewertungsmethoden	42
D.5	Sonstige Angaben	43
	E. Kapitalmanagement	44
E.1	Eigenmittel	44

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	44
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	46
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	46
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	46
E.6 Sonstige Angaben	46
Anhang	47

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht über die Solvabilität und Finanzlage 2025 der BL die Bayerische Lebensversicherung AG ist Teil des narrativen Berichtswesens unter Solvency II. Er dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen des Unternehmens gegenüber der Öffentlichkeit und soll dazu beitragen, den Transparenzanspruch von Solvency II umzusetzen. Seine inhaltliche Struktur und die zu berichtenden Informationen richten sich nach der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35. Alle Zahlenangaben, die Geldbeträge wiedergeben, sind in Tsd. Euro angegeben und entsprechend kaufmännisch gerundet.

In Kapitel A werden allgemeine Angaben zum Unternehmen gegeben und die Geschäftsergebnisse des Geschäftsjahrs 2025 dargestellt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Kennzahlen aus dem handelsrechtlichen Abschluss. Die gebuchten Prämien (Brutto) der BL die Bayerische Lebensversicherung AG lagen im Berichtszeitraum bei 420.892 (im Vorjahr 408.639) Tsd. Euro. Das Kapitalanlageergebnis belief sich auf 26.143 Tsd. Euro (im Vorjahr 58.968 Tsd. Euro).

Das Kapitel B stellt die Ausgestaltung des Governance-Systems dar. Dazu werden Informationen zur Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens, zur Ausgestaltung der sogenannten Schlüsselfunktionen, zu den Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit der Unternehmensleitung, zum Risikomanagementsystem sowie zum internen Kontrollsystem gegeben. Für die BL die Bayerische Lebensversicherung AG sind alle Schlüsselfunktionen konzernintern an die Muttergesellschaft BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G. ausgegliedert.

Im Kapitel C wird das Risikoprofil des Unternehmens beschrieben und nähere Angaben zu den einzelnen Risikokategorien und deren Wesentlichkeit gegeben. Bei der BL die Bayerische Lebensversicherung AG werden das versicherungstechnische Risiko Leben, das versicherungstechnische Risiko Kranken und das Marktrisiko als wesentlich beurteilt. Innerhalb des Marktrisikos ist vor allem das Aktienrisiko relevant.

Die Solvabilitätsübersicht und die angewandten Bewertungsgrundsätze für deren Positionen werden in Kapitel D beschrieben. Die gesamten Vermögenswerte zum 31.12.2025 betragen 2.342.765 Tsd. Euro, die gesamten Verbindlichkeiten 2.166.104 Tsd. Euro, davon entfallen auf die versicherungstechnischen Rückstellungen 1.991.174 Tsd. Euro.

In Kapitel E werden die anrechnungsfähigen Eigenmittel zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung dargestellt. Die BL die Bayerische Lebensversicherung AG verfügt über Eigenmittel in Höhe von 176.661 Tsd. Euro, die ausschließlich der höchsten Qualitätsstufe (Tier 1) zuzuordnen sind. Sie liegen deutlich über der Solvabilitätskapitalanforderung (71.813 Tsd. Euro) und der Mindestkapitalanforderung (17.953 Tsd. Euro). Damit ergibt sich eine Solvabilitätsquote von 246 %. Übergangsmaßnahmen wurden dabei nicht angewendet. Die Bedeckungsquote für die Mindestkapitalanforderung beläuft sich auf 984 %.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

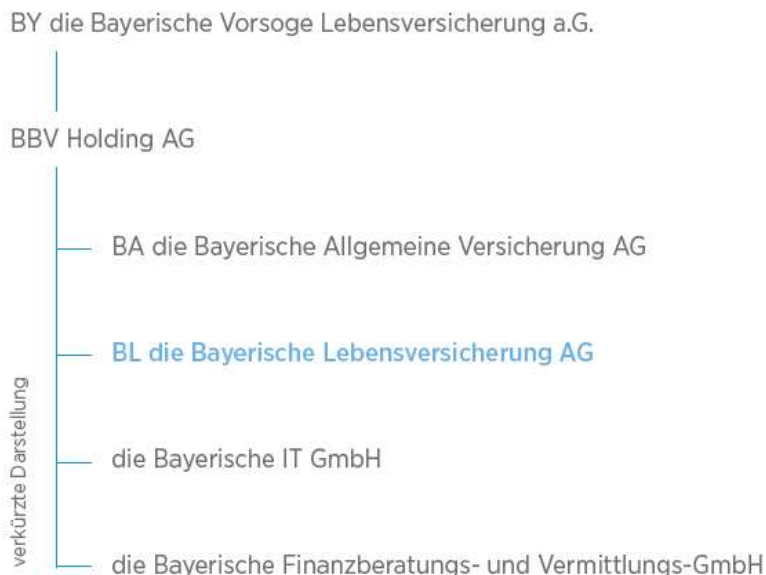
A.1 Geschäftstätigkeit

Die **BL die Bayerische Lebensversicherung AG** (nachfolgend abgekürzt „BL“) ist ein Lebensversicherungsunternehmen innerhalb der Versicherungsgruppe „die Bayerische“. Sie versteht sich als Spezialist für die Versicherung privater Risiken rund um die Bereiche Vorsorge & Familie sowie Einkommenssicherung. Darüber hinaus bietet die BL Lösungen zur betrieblichen Altersvorsorge an. Sie besitzt die Erlaubnis nach § 8 Abs. 1 VAG zum Betrieb der Versicherungssparten Leben, Fondsgebundene Lebensversicherung und Kapitalisierungsgeschäfte für das Gebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EU- und EWR-Staaten).

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G. mit Sitz in München im Sinne von § 290 HGB. Sämtliche Aktien der BL befinden sich im Eigentum der BBV- Holding für Lebensversicherungsunternehmen GmbH. Zwischen der BL die Bayerische Lebensversicherung AG und der BBV-Holding für Lebensversicherungsunternehmen GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Der Versicherungsverein BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G. als oberstes Mutterunternehmen der Versicherungsgruppe „die Bayerische“ hält mittelbar über die Versicherungs-Holdinggesellschaften BBV Holding AG, BBV Holding für Versicherungsunternehmen GmbH und BBV Holding für Lebensversicherungsunternehmen GmbH die Aktien an der BL.

Die folgende Abbildung stellt die Einordnung der BL in die Gruppenstruktur dar:



Wesentliche verbundene Unternehmen

Nachfolgend werden die wesentlichen verbundenen Unternehmen dargestellt:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %
Bayerische Leben Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, München	100

Name und Anschrift der Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Telefon: 0228/4108-0
Fax: 0228/4108-1550
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Name und Anschrift des externen Abschlussprüfers

EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Arnulfstraße 59
80636 München

Wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse

Wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse mit einem erheblichen Einfluss auf das Unternehmen, wie z.B. Unternehmenszusammenschlüsse oder Bestandsübertragungen, haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen der BL die Bayerische Lebensversicherung AG fallen aufgrund ihrer Geschäftsaktivitäten im Inland an.

Alle Positionen der folgenden Aufstellung sind gemäß Handelsrecht bewertet.

	2025	2024
	Tsd €	Tsd €
Verdiente Prämien	339.177	338.392
Aufwendungen für Versicherungsfälle (ohne Regulierungsaufwendungen)	-140.303	-319.399
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen	-114.006	-55.632
Angefallene Aufwendungen	-36.447	-51.771
Sonstige Aufwendungen	-70.969	-64.612
Ergebnis gemäß Berichtsformular S.05.01.02	-22.548	-153.022
Beiträge aus der RfB	6.753	5.876
Erträge aus Kapitalanlagen	93.266	163.126
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung	-600	-2.200
Weitere Aufwendungen für Kapitalanlagen	-95.662	-35.021
Alle weiteren versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen	0	10.621
Versicherungstechnisches Ergebnis nach HGB	-18.791	-10.620

Verdiente Prämien

Die verdienten Prämien (Brutto) der BL die Bayerische Lebensversicherung AG lagen im Berichtszeitraum bei 420.920 (im Vorjahr 408.672) Tsd. Euro.

Geschäftsbereiche	2025	2024
	Tsd €	Tsd €
Klassik	139.390	116.151
Invalidität	122.100	123.563
Fonds	159.430	168.958
Gesamt	420.920	408.672

Der Rückversicherungsanteil an den verdienten Prämien beträgt 81.743 (im Vorjahr 70.280) Tsd. Euro.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen der BL die Bayerische Lebensversicherung AG für Versicherungsfälle (ohne Regulierungsaufwendungen und Brutto) beliefen sich im Berichtszeitraum auf 157.190 (im Vorjahr 332.334) Tsd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr gab es bei den klassischen Produkten einen Rückgang, der von Rückkäufen bei einem Kapitalisierungsprodukt herrührt.

Geschäftsbereiche	2025 Tsd €	2024 Tsd €
Klassik	64.017	255.412
Invalidität	16.764	13.705
Fonds	76.409	63.217
Gesamt	157.190	332.334

Der Rückversicherungsanteil an den Aufwendungen für Versicherungsfälle beträgt 16.887 (im Vorjahr 12.935) Tsd. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlussaufwendungen gingen von 58.455 Tsd. Euro im Vorjahr auf 50.583 Tsd. Euro zurück. Setzt man diesen Wert ins Verhältnis zur Beitragssumme des Neugeschäfts, ergibt sich ein Abschlusskostensatz von 4,7 % (im Vorjahr 4,8 %). Die Verwaltungsaufwendungen stiegen auf 11.571 Tsd. Euro (im Vorjahr 11.213 Tsd. Euro). Gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen ergibt sich ein Verwaltungskostensatz von 2,7 % (im Vorjahr 2,7 %).

Aufwendungen für die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Aufwendungen für die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 164.327 (im Vorjahr 75.745) Tsd. Euro

Geschäftsbereiche	2025 Tsd €	2024 Tsd €
Klassik	82.760	-128.493
Invalidität	44.677	51.115
Fonds	30.477	153.123
Gesamt	157.914	75.745

Der Rückversicherungsanteil an den Aufwendungen für die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen beträgt 43.908 (im Vorjahr 20.113) Tsd. Euro.

Angefallene Aufwendungen

Die angefallenen Aufwendungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 72.487 (im Vorjahr 82.317) Tsd. Euro und entfielen im Wesentlichen auf Abschlussaufwendungen in den Fondsprodukten.

Geschäftsbereiche	2025 Tsd €	2024 Tsd €
Klassik	9.476	10.962
Invalidität	11.144	26.247
Fonds	51.867	45.108
Gesamt	72.487	82.317

Der Rückversicherungsanteil an den angefallenen Aufwendungen beträgt 36.040 (im Vorjahr 30.546) Tsd. Euro.

Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen betragen im Berichtszeitraum 71.429 (im Vorjahr 64.612) Tsd. Euro. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Direktgutschrift, sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen für die Rückversicherung, Zinsen für angesammelte Überschussguthaben und Zinserstattungen aus der abgegebenen Rückversicherung.

A.3 Anlageergebnis

Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen einschließlich der fondsgebundenen Lebensversicherung erreichten 66.561 Tsd. Euro nach 101.353 Tsd. Euro im Vorjahr. Davon entfielen 44.996 Tsd. Euro (im Vorjahr 38.604 Tsd. Euro) auf laufende Erträge, 2.690 Tsd. Euro (im Vorjahr 538 Tsd. EUR) auf Zuschreibungen und 18.876 Tsd. Euro (im Vorjahr 62.210 Tsd. Euro) auf Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen.

Die Veräußerungsgewinne betrafen mit 0 Tsd. Euro (im Vorjahr 0 Tsd. Euro) Grundstücke, mit 7.474 Tsd. Euro (im Vorjahr 48.610 Tsd. Euro) verbundene Unternehmen und Beteiligungen, mit 11.258 Tsd. Euro (im Vorjahr 13.507 Tsd. Euro) Aktien und Anteile an Investmentvermögen, mit 134 Tsd. Euro (im Vorjahr 93 Tsd. Euro) Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit 10 Tsd. Euro (im Vorjahr 0 Tsd. Euro) sonstige Ausleihungen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen insgesamt 40.418 Tsd. Euro nach 42.385 Tsd. Euro im Vorjahr. Davon entfielen 31.354 Tsd. Euro (im Vorjahr 31.946 Tsd. Euro) auf Abschreibungen für Kapitalanlagen.

2025	Laufende Erträge	Übrige Erträge	Laufende Aufwendungen	Übrige Aufwendungen
Immobilien (außer Eigennutzung)	3.160	0	2.664	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	28.916	7.944	1.693	27.740
Aktien, Investmentanteile	436	12.871	596	5.076
Anleihen	2.357	47	769	71
sonstige Ausleihungen	4.254	10	275	0
Darlehen und Hypotheken	3.801	0	260	0

2024	Laufende Erträge	Übrige Erträge	Laufende Aufwendungen	Übrige Aufwendungen
Immobilien (außer Eigennutzung)	2.600	0	1.768	294
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	24.041	49.148	4.941	30.360
Aktien, Investmentanteile	934	12.827	388	2.794
Anleihen	999	0	594	18
sonstige Ausleihungen	4.081	0	292	0

Darlehen und Hypotheken	4.152	0	282	0
-------------------------	-------	---	-----	---

Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel lag bei 3,2 % (Vorjahr: 2,5 %), die Nettoverzinsung bei 2,1 % (Vorjahr: 5,2 %). Die aus dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre ermittelte Nettoverzinsung erreichte 3,3 %. Die Angabe der Verzinsung erfolgt jeweils ohne Berücksichtigung der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice.

Die Kapitalanlagepolitik ist gemäß den Anlagegrundsätzen auf die Zielsetzung einer ausgewogenen Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios ausgerichtet. Die Muttergesellschaft hat bereits 2017 die UNPRI unterzeichnet und sich damit verpflichtet, Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte bei ihren Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Diese Verpflichtung gilt für die Gesellschaft analog.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die sonstigen Erträge belaufen sich auf 2.005 Tsd. Euro (im Vorjahr 1.785 Tsd. Euro). Die sonstigen Aufwendungen betragen 8.653 Tsd. Euro (im Vorjahr 6.227 Tsd. Euro).

Die sonstigen Erträge umfassen unter anderem Erträge aus der Auflösung anderer Rückstellungen, sowie Zinserträge und ähnliche Erträge, soweit sie nicht aus Kapitalanlagen herrühren. Die sonstigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Personal- und Sachaufwendungen, die den in § 43 Abs. 1 bis 4 RechVersV genannten Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden können sowie Zinsaufwendungen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 20.000 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr von 93.163 Tsd. Euro auf 113.163 Tsd. Euro. Hiervon entfallen auf das gezeichnete Kapital 2.080 Tsd. Euro, auf die Kapitalrücklage 104.136 Tsd. Euro und auf die Gewinnrücklagen 6.947 Tsd. Euro.

A.5 Sonstige Angaben

Keine Angaben.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Das Governance-System umfasst eine angemessene und transparente Aufbau- und Ablauforganisation. Dies beinhaltet eine klare Festlegung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, eine angemessene Trennung von Zuständigkeiten und ein effektives Berichtswesen (Kommunikationssystem). Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind maßgeblich im Organisationshandbuch (OHB) dokumentiert. Wesentliche Elemente des Governance-Systems stellen das Risikomanagementsystem, das interne Kontrollsystem, die versicherungsmathematische Funktion, die unabhängige Risikocontrolling-Funktion, die Compliance-Funktion und die Funktion der internen Revision dar. Diese werden um die Vertriebs-Funktion, die IT-Governance, die Vorgaben für Outsourcing (Ausgliederung) und die Produktgovernance, welche die Prozesse zur Produktfreigabe und zur laufenden Produktüberwachung umfasst, ergänzt. Das Governance-System und seine Umsetzung sind in den aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Leitlinien dokumentiert.

Im Rahmen des Governance-Systems wird sichergestellt, dass alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, jederzeit fachlich qualifiziert und persönlich zuverlässig sind.

Als Teil der Geschäftsorganisation ist ein Hinweisgebersystem eingerichtet, welches in einer Leitlinie dokumentiert ist. Dieses ermöglicht es Beschäftigten des Unternehmens sowie Beschäftigten von Dienstleistern bzw. Lieferanten, soweit diese im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit dem Unternehmen in Kontakt stehen, unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität ermöglicht, Rechtsverstöße an eine Konzernmeldestelle zu melden. Die Meldegegenstände umfassen Verstöße nach § 23 Abs. 6 VAG und § 2 HinSchG sowie Verstöße gegen die Verhaltensleitlinie und sonstige Compliance-Richtlinien; darüber hinaus können jedoch auch sonstige wesentliche Compliance-Verstöße gemeldet werden. Das Hinweisgebersystem dient der Aufdeckung und Aufklärung von betrieblichen Missständen, unternehmensschädigendem Verhalten, Wirtschaftskriminalität u.ä. sowie dem Schutz aller Mitarbeitenden, Geschäftspartner und Kunden. Potenzielle Risiken können damit frühzeitig erkannt, entsprechende Maßnahmen eingeleitet und mögliche Schäden von dem zu schützenden Personenkreis und dem Unternehmen abgewendet werden.

Im Rahmen der Governance-Struktur wurde ein eigenes Vorstandsressort Nachhaltigkeit geschaffen, da das Thema Nachhaltigkeit nahezu alle Unternehmensbereiche betrifft – jedoch mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Im Rahmen der Governance-Struktur wurde hierfür ein eigenes Vorstandsressort geschaffen. Zu dem Aufgabenbereich des Nachhaltigkeitsressorts gehört es, die Umsetzung der nachhaltigkeitsbezogenen Regulierung und die mit dem Thema Nachhaltigkeit verbundenen Aufgaben in den betreffenden Bereichen zu koordinieren und die nachhaltige Ausrichtung des Geschäftsbetriebes konsequent zu verfolgen. Ablauforganisatorisch sind dem Nachhaltigkeitsressort eine „Nachhaltigkeitsbeauftragte“ sowie Fachexperten und Führungskräfte aus allen relevanten Unternehmensbereichen zugeordnet. Hinzu kommt ein mehrmals jährlich stattfindender Austausch mit einem unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirat, der sich interdisziplinär aus verschiedenen Fachvertretern und -vertreterinnen mit Nachhaltigkeitsexpertise aus den Bereichen Bildung, Kommunikation, Wirtschaft und Umweltschutz zusammensetzt.

Diese dezentrale Struktur trägt dazu bei, Nachhaltigkeit sowohl im eigenen Geschäftsbetrieb als auch in allen relevanten Unternehmensbereichen, unter anderen in den Bereichen Kapitalanlage und Produkte, bestmöglich zu verankern.

Das Nachhaltigkeitsressort ist verantwortlich für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bayerischen sowie für die Ableitung von konkreten Zielen und

Maßnahmen. Darüber hinaus gehört zum Nachhaltigkeitsressort ein Nachhaltigkeitscontrolling, welches die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele anhand von geeigneten Kennzahlen (Key Performance Indicators, „KPI“) überwacht.

Seit dem Jahr 2021 wird ein jährlicher Nachhaltigkeitsbericht für den Konzern erstellt, in welchem insbesondere das Verständnis von Nachhaltigkeit, die Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Nachhaltigkeitsziele dargestellt werden und über die Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele berichtet wird.

Zur Sicherstellung einer effektiven Governance der IT besteht eine Organisationseinheit Informationssicherheit, in der mit Blick auf die gestiegenen regulatorischen Vorgaben unter anderem die Kapazitäten und das IT/IS-Know-how für die Unterstützung der Bayerische IT GmbH (1st-Line) sowie für die Zusammenarbeit mit der Datenschutzbeauftragten (2nd-Line) gebündelt sind.

Um die Kontinuität und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeiten sicherzustellen, hat die BL angemessene Vorkehrungen getroffen. Die Leitlinie Business Continuity Management ist in Kraft, um mit Hilfe einer einheitlichen Methodik präventive Maßnahmen für eine möglichst gute Ausfallsicherheit zu etablieren sowie Maßnahmen für eine zielgerichtete Reaktion auf gravierende Störungen, welche kritische Geschäftsabläufe beeinträchtigen, vorzubereiten. Die Maßnahmen zur Reaktion werden durch Notfall- und Krisenmanagementverfahren, die in der Leitlinie Krisenmanagement geregelt sind, sowie durch ressourcenspezifische Notfallpläne und Notfallkonzepte ergänzt.

Die interne Überprüfung des Governance-Systems erfolgt durch verschiedene Maßnahmen: Im Rahmen einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft die Interne Revision, ob das interne Kontrollsystem und andere Elemente des Governance-Systems angemessen und wirksam sind. Zudem bewertet der gesamte Vorstand die Funktionsfähigkeit aller wesentlichen Bereiche der Geschäftsorganisation in einem mehrjährigen Turnus auf der Grundlage einer Auswertung der Revisionsberichte, der Berichte der weiteren Schlüsselfunktionen sowie der Prüfberichte der Abschlussprüfer. Die Interne Revision konsolidiert die aus diesen Quellen gewonnenen Erkenntnisse zu einem Bericht zur Überprüfung des Governance-Systems, mit Hilfe dessen der Vorstand die Bewertung vornimmt und die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung festlegt. Für die Nachverfolgung der Maßnahmenumsetzung ist die Interne Revision zuständig.

Die Überprüfung der Leitlinien, in denen die Umsetzung des Governance-Systems dokumentiert ist, erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Struktur der Verwaltungs- und Aufsichtsorgane

Vorstand

Der Vorsitzende des Vorstands sowie zwei weitere Vorstandsmitglieder bilden den Vorstand / die Geschäftsleitung der BL.

Der Vorstand legt die Unternehmensziele sowie die strategische Ausrichtung in der Geschäftsstrategie, Nachhaltigkeitsstrategie und IT-Strategie fest; er steuert und überwacht die operativen Organisationseinheiten und sorgt für die Einrichtung und Überwachung eines effizienten Risikomanagement- und internen Kontrollsystems. Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts sowie der Solvenzbilanz verantwortlich.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und interner Richtlinien (Compliance). Unbeschadet dieser Gesamtverantwortung führen die einzelnen Mitglieder die ihnen zugewiesenen Ressorts selbstständig.

Die innere Organisation und die Ressortzuständigkeit des Vorstands werden durch eine Geschäftsordnung sowie einen Geschäftsverteilungsplan bestimmt. Die Ressorts sind wie folgt gegliedert:

BL die Bayerische Lebensversicherung AG – Ressortverteilung

Ressort	federführend	stellvertretend
Asset Management	Heigl	Dr. Schneidemann
Rechnungswesen/Steuern (Zahlungsverkehr)	Heigl	Dr. Schneidemann
Konzerncontrolling	Heigl	Dr. Schneidemann
Datenschutz	Heigl	Dr. Schneidemann
Informationssicherheit	Heigl	Dr. Schneidemann
Personal und interner Service	Dr. Schneidemann	Gräfer
Nachhaltigkeit	Dr. Schneidemann	Gräfer
Recht/Compliance	Dr. Schneidemann	Gräfer
Risikomanagement	Dr. Schneidemann	Heigl
Konzernrevision	Dr. Schneidemann	Heigl
Produkt-Kompetenzcenter Leben	Dr. Schneidemann	Gräfer
Medizinisches Kompetenzcenter (Medizinische Risiko- und Leistungsprüfung/ Leistungsmanagement)	Dr. Schneidemann	Heigl
Technik und Bilanz Leben	Dr. Schneidemann	Heigl
Aktuariat Leben	Dr. Schneidemann	Gräfer
Aktuariat bAV	Dr. Schneidemann	Gräfer
Geldwäscheprävention	Dr. Schneidemann	Heigl
Arbeitssicherheit	Dr. Schneidemann	Heigl
IT/ Business Development	Gräfer	Heigl
Service-Kompetenz-Center <ul style="list-style-type: none"> ▪ Betriebs-/Kunden-/Vertriebs-Service ▪ Private Altersvorsorge 	Dr. Schneidemann und Gräfer gemeinsam	Dr. Schneidemann und Gräfer gemeinsam

<ul style="list-style-type: none"> ▪ Leistung Altersvorsorge ▪ Betriebliche Altersversorgung 		
Vertriebsmanagement	Gräfer	Heigl
Persönlicher Vertrieb	Gräfer	Heigl
Betriebliche Vorsorge Vertrieb	Gräfer	Heigl
Marketing, Digital-Vertrieb und Unternehmenskommunikation	Gräfer	Dr. Schneidemann

Die Geschäftsleitung hat keine Vorstandsausschüsse gebildet. In folgenden Gremien unter der Geschäftsleitung, die wesentliche Gremien im Governance-System darstellen, ist der Gesamtvorstand vertreten:

Nr.	Ausschuss	Zuständigkeit
1	<p>Kapitalanlageausschuss</p> <p>Mitglieder:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gesamtvorstand Leiter Asset Management Portfoliomanager Verantwortlicher Aktuar Leiter Risikomanagement Leiter Konzerncontrolling Leiterin Rechnungswesen/Steuern Leiter ALM-Komitee 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berichterstattung über den Kapitalmarkt, die Spread- und Fondsentwicklung, die Asset-Allokation, die Bewertungsreserven, das Aktienexposure, die Ertragssituation sowie weitere Kennzahlen ▪ Beratung der Ergebnisse aus dem Asset-Liability-Management (ALM) ▪ Abstimmung des Vorschlags zur strategischen Anlagepolitik (SAA) ▪ Verabschiedung der taktischen unterjährigen Anlagepolitik (TAA) ▪ Beratung der Anlage in neuartige Produkte

2	<p>Produktausschuss</p> <p>Mitglieder: Gesamtvorstand Mitarbeiter Business Development (Ausschussleitung) Geschäftsführer die Bayerische IT GmbH (stellv. Ausschussleitung) Leiter Produkt-Kompetenz-Center Leiterin Komposit Leiter Exklusivvertrieb Leiter Partner-Kooperations-Vertrieb Leiter Marketing, Digital-Vertrieb & Unternehmenskommunikation Leiter Aktuariat Leben Verantwortlicher Aktuar Leiter Aktuariat Komposit/Verantwortlicher Aktuar Leiter/-in Service-Kompetenz-Center Leiter Asset Management Leiter Geschäftsfeld Altersvorsorge Leiterin Geschäftsfeld Einkommenssicherung optional: Compliance-Officer (Teilnahmerecht / Erhalt Sitzungsprotokolle)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beratung der strategischen Steuerung aktueller Produktentwicklungen ▪ Beratung und Bewertung von Produktkonzepten zu präferierten Produktentwicklungen ▪ Vorabentscheidung über die Umsetzung von Produktkonzepten ▪ Festlegung der Vorgaben für Produktentwicklung und -einführung hinsichtlich Zeitplanung und finanziellen/personellen Ressourcen ▪ Erarbeitung Entscheidungsvorlage für Gesamtvorstand für die Produkteinführung / Schließung von Produkten
3	<p>Risikokomitee</p> <p>Mitglieder: Gesamtvorstand Verantwortlicher Aktuar Leiter Risikomanagement Leiter Konzerncontrolling Leiter Asset Management</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Analyse und Beratung der Gesamtrisikosituation und der Risikotragfähigkeit ▪ Beratung der internen und externen Risikoberichterstattung einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen ▪ Beratung von Maßnahmen der Risikosteuerung ▪ Beratung der Risikostrategie und deren Anpassung

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig und umfassend über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Planung und Zielerreichung sowie über die Unternehmensstrategie und bestehende Risiken.

Vorstandsentscheidungen von besonderem Gewicht bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Zustimmungsvorbehalte ergeben sich aus Gesetz, Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand oder werden im Einzelfall durch den Aufsichtsrat festgelegt. Zustimmungspflichtig sind etwa die Gründung von Unternehmen und Veräußerung von Konzerngesellschaften, die Übernahme von Versicherungsbeständen, die strategische Anlagepolitik (SAA) sowie – bei Überschreiten der in der SAA bestimmten Wertschwellen – der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der BL setzt sich aus sechs von der Hauptversammlung gewählten Vertretern der Anteilseigner zusammen. Zu seinen Hauptaufgaben gehören nach dem Gesetz und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat insbesondere:

- die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und die Regelung ihrer Dienstverhältnisse;
- die Überwachung und Beratung der Geschäftsleitung;
- die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts;
- die Feststellung des Jahresabschlusses;
- die Bestellung des Verantwortlichen Aktuars;
- die Bestellung des Treuhänders für das Sicherungsvermögen;
- die Vertretung des Versicherungsunternehmens gegenüber Vorstandsmitgliedern;
- die Zustimmung zu bestimmten Arten von Geschäften nach der Geschäftsordnung.

Dem Aufsichtsrat gehören im Berichtszeitraum die Herren Prof. Dr. Alexander Hemmelrath (Aufsichtsratsvorsitzender), Dr. Wilhelm Schneemeier (stv. Aufsichtsratsvorsitzender), Peter M. Endres, Prof. Dr. Hartmut Nickel-Waninger, Prof. Dr. Ulrich Walter und Frau Christine Peschel an.

Im Hinblick auf die für Unternehmen von öffentlichem Interesse geltenden Anforderungen nach dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz hat die BL einen Prüfungsausschuss eingerichtet, dem drei Mitglieder des Aufsichtsrats angehören.

Aufsichtsratsausschuss	Zuständigkeit
Prüfungsausschuss	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorabprüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, der Lageberichte (inklusive Risikobericht) ▪ Überwachung des Rechnungslegungsprozesses ▪ Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, der Compliance und des internen Revisionssystems ▪ Überwachung der Abschlussprüfung, einschließlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Qualität der Abschlussprüfung und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen ▪ Überwachung der Behebung der vom Abschlussprüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand ▪ Vorschläge an den Aufsichtsrat für dessen Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers, Vorschläge bezüglich Prüfungsschwerpunkten, Empfehlung zur Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers und Beratung zur Kündigung oder Fortsetzung des Prüfauftrags ▪ Vorbereitung des Berichts des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Ergebnis der Prüfung

	des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie über Art und Umfang der Prüfung der Geschäftsführung der Gesellschaft
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Schlüsselfunktionen

Die BL hat die vier aufsichtsrechtlich geforderten Schlüsselfunktionen, welche wichtige und kritische Funktionen innerhalb ihres Governance-Systems darstellen, auf die Muttergesellschaft der Unternehmensgruppe, die BY, ausgegliedert. Hierbei handelt es sich um folgende Funktionen:

- Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)
- Compliance- Funktion
- Versicherungsmathematische Funktion (VmF)
- Funktion der internen Revision

Die Schlüsselfunktionen sind bei der Muttergesellschaft eingerichtet und etabliert. Sie arbeiten auf der Grundlage funktionspezifischer Leitlinien, stehen gleichrangig sowie gleichberechtigt nebeneinander und sind untereinander nicht weisungsbefugt. Als verantwortliche Person für die Schlüsselfunktionen wurde bei der BL ein Ausgliederungsbeauftragter bestellt. Ausgliederungsbeauftragter für alle vier Schlüsselfunktionen ist der Vorstandsvorsitzende.

Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)

Die auch als Risikomanagementfunktion bezeichnete URCF ist zuständig für die Koordination des Risikomanagementsystems sowie die operative Durchführung des Risikomanagements. In diesem Zusammenhang hat die URCF insbesondere:

- regelmäßig zu bewerten, ob die Risikostrategie konsistent zur Geschäftsstrategie ist,
- regelmäßig zu bewerten, ob die schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem angemessen sind,
- das Risikobewusstsein der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter zu befördern,
- regelmäßig die Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und -überwachung zu bewerten und ggf. weiterzuentwickeln,
- Limite vorzuschlagen,
- geplante Strategien unter Risikogesichtspunkten zu beurteilen,
- sowohl neue Produkte als auch das Produktportfolio aus Risikosicht zu beurteilen,
- das Risikomanagementsystem fortlaufend zu überwachen,
- das Gesamtrisikoprofil des Unternehmens zu überwachen und dabei Risiken mindestens auf aggregierter Ebene zu identifizieren, zu bewerten und zu analysieren,
- die Maßnahmen zur Risikobegrenzung zu überwachen,
- die Limite sowie die Risiken auf aggregierter Ebene zu überwachen,
- die Durchführung und Dokumentation der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung zu koordinieren und
- die Risikoberichterstattung über die wesentlichen Risikoexponierungen des Versicherungsunternehmens durchzuführen.

Die URCF ist im Wege eines gruppeninternen Outsourcings an die BY ausgegliedert.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie sonstigen externen Vorgaben und Standards („externe rechtliche Anforderungen“), die für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts gelten. Zur Überwachungsaufgabe gehört insbesondere, ob die Einhaltung der externen Anforderungen durch angemessene und wirksame interne Verfahren sichergestellt wird.

Ferner obliegen der Compliance-Funktion folgende Aufgaben:

- die risikoorientierte Identifizierung und Beurteilung von Compliance-Risiken, d.h. von Risiken, die aus der Nichteinhaltung externer rechtlicher Anforderungen resultieren,
- die Beratung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen,
- die Unterstützung der Geschäftsleitung, Mitarbeiter für Compliance-Themen zu sensibilisieren, diese bewusst zu machen und darauf hinzuwirken, dass sie in der täglichen Arbeit beachtet werden,
- die Beurteilung möglicher Auswirkungen von sich abzeichnenden Änderungen des Rechtsumfeldes (Rechtsprechungsänderungen, Gesetzesentwürfe, politische Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene) auf die Tätigkeit der BL und die frühzeitige Information der Geschäftsleitung über die Folgen wesentlicher Änderungen, damit sie entsprechende Vorkehrungen und Maßnahmen ergreifen kann,
- die Erstellung eines Compliance-Plans und
- eine Ad-hoc-gesteuerte sowie regelmäßige Compliance-Berichterstattung an die Geschäftsleitung.

Die Compliance-Funktion ist im Wege eines gruppeninternen Outsourcings an die BY ausgegliedert.

Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Die Zuständigkeit der VmF umfasst Tätigkeiten in Zusammenhang mit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie weitere Aufgaben. Insbesondere sind dies:

- die Koordination der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen,
- die Gewährleistung der Angemessenheit der angewendeten Methoden und der zugrundeliegenden Modelle sowie der getroffenen Annahmen,
- die Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der zugrunde gelegten Daten,
- den Vergleich der besten Schätzwerte mit den Erfahrungswerten,
- die Unterrichtung des Vorstands über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung,
- die Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung unter Beachtung der in § 79 VAG genannten Grundsätze,
- die Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und
- die Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen.

Die VmF trägt zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems und insbesondere zur Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung bei.

Die VmF ist im Wege eines gruppeninternen Outsourcings an die BY ausgegliedert.

Funktion der internen Revision

Der Prüfungsauftrag der internen Revision bezieht sich auf die gesamte Geschäftsorganisation einschließlich ausgegliederter Bereiche und Prozesse. Hiervon umfasst ist insbesondere die Überprüfung des internen Kontrollsystems mit Blick auf dessen Angemessenheit und Wirksamkeit (Funktionsfähigkeit).

Die Funktion der internen Revision ist im Wege eines gruppeninternen Outsourcings an die BY ausgegliedert.

Änderungen des Governance-Systems im Berichtsjahr

Die Geschäftsstrategie der BL, welche aus der Strategie der Versicherungsgruppe abgeleitet ist, wurde im Berichtsjahr insbesondere im Hinblick auf die im Jahr 2024 erfolgte Wiederaufnahme des Neugeschäfts im Geschäftsfeld Einkommenssicherung durch die Muttergesellschaft, die BY, aktualisiert.

Da seit Juli 2024 nur noch die BY Versicherungsprodukte im Geschäftsfeld Einkommenssicherung anbietet, wird in der aktualisierten Strategie der BL der Fokus auf Versicherungsprodukte im Geschäftsfeld Altersvorsorge gelegt.

Die Geschäftsstrategie der BL thematisiert die Ausrichtung im Geschäftsfeld Altersvorsorge sowie dessen wichtigste inhaltliche Schwerpunkte für den Planungshorizont der Geschäftsjahre 2025 bis 2029.

Darüber hinaus sind im Berichtszeitraum keine wesentlichen Änderungen am Governance-System erfolgt.

Angemessenheit des Governance-Systems

Der Vorstand bewertet das Governance-System vor dem Hintergrund von Art, Umfang und Komplexität der der Geschäftstätigkeit der BL inhärenten Risiken und im Hinblick auf die Geschäftsstrategie als angemessen.

Durch die in der Organisationseinheit Informationssicherheit koordinierten Maßnahmen werden die Risiken aufgrund der weiterhin hohen Gefährdungslage durch Cyber-Angriffe begrenzt und den steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit wirksam begegnet.

Durch das seit dem Jahr 2022 bestehende Nachhaltigkeitsressort können die vielfältigen Anforderungen im Bereich Nachhaltigkeit effizient gesteuert und umgesetzt werden. Die dezentrale Struktur trägt dazu bei, dass alle das Thema Nachhaltigkeit betreffenden Anforderungen ressortübergreifend koordiniert werden können und alle maßgebenden Unternehmensbereiche einbezogen werden. Durch das zum Nachhaltigkeitsressort gehörende Nachhaltigkeitscontrolling werden die Nachhaltigkeitsziele anhand von geeigneten Kennzahlen (Key Performance Indicators, „KPI“) überwacht.

Wesentliche Unternehmensentscheidungen werden von den Vorstandsmitgliedern immer gemeinsam getroffen. Die Ablauforganisation des Versicherungsunternehmens weist im Hinblick auf die Komplexität und Geschäftsgröße eine angemessene Trennung von Zuständigkeiten und Funktionen auf.

Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die BL ist ein mitarbeiterloses Unternehmen, welches in allen Bereichen auf Dienstleistungen, die von dem Personal der BY erbracht werden, zurückgreift. Die nachfolgende Darstellung ist daher beschränkt auf die Darstellung der Vergütungspolitik und der Vergütungspraktiken für den Vorstand sowie den Aufsichtsrat der BL.

Das Vergütungssystem steht in Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie und ist an den langfristigen Zielen der BL ausgerichtet. Ebenso steht die Vermeidung von Interessenkonflikten und Negativanreizen im Vordergrund.

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit neben dem Ersatz von Auslagen (Fahrt- und Übernachtungskosten) eine feste Vergütung, deren Höhe und Zahlungsweise von der Hauptversammlung festgelegt wird. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Doppelte, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.

Vorstand

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus einer fixen Vergütung, betrieblichen Altersvorsorge und Nebenleistungen in Form von Beiträgen für Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie einem Dienstwagen zusammen. Aufgrund der Vergütungsstruktur ohne variable Vergütung lassen sich Interessenkonflikte und Negativanreize besser vermeiden und die Ziele und langfristigen Interessen der BL besser fördern als mit einer variablen Vergütungskomponente.

Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum mit nahestehenden Personen

Im Berichtsjahr gab es keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern, Mitgliedern des Vorstands und Aufsichtsrats oder mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf die BL ausüben.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit sind durch die Konzernmutter umgesetzt und werden auch bei den Vorständen und Aufsichtsräten der BL die Bayerische Lebensversicherung AG konsequent und gruppenweit einheitlich angewendet.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Organisatorische Aufhängung

Das Risikomanagement-System ist dezentral aufgebaut und wird durch die Organisationseinheit Risikomanagement koordiniert. Es umfasst alle Organisationseinheiten, sowie alle Prozesse, die die Risiken, denen die Unternehmensgruppe ausgesetzt ist, identifizieren, analysieren, bewerten, kontrollieren und steuern.

Das Risikomanagement-System umfasst alle Risiken, denen die BL tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist.

Zur Umsetzung des Risikomanagements existieren folgende Methoden und Prozesse:

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem

Nach Solvency-II-Vorgaben stellt das Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) einen eigenständigen Teil des Governance-Systems dar. Es setzt sich aus folgenden Elementen zusammen:

- Risikotragfähigkeitskonzept,
- Limitsystem,
- Risikokontrollprozess,
- Unternehmensinterne Kommunikation und Risikokultur,
- Risikoberichterstattung,
- Qualitätssicherung des ISKS.

Risikotragfähigkeitskonzept

Aus der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie wird ein Risikotragfähigkeitskonzept hergeleitet. Dort wird dargelegt, wie viel Risikodeckungspotenzial in der BL zur Verfügung steht und wieviel davon zur Abdeckung der eingegangenen Risiken verwendet werden soll.

Mit den allgemeinen Risikotoleranzschwellen legt die Unternehmensleitung die Beschränkungen für die einzelnen Risikomodule fest, denen das Unternehmen bei der Übernahme von Risiken unterworfen wird. Die Risikotoleranzschwellen werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts aus dem Risikoappetit und der aktuellen Risikoübernahmekapazität hergeleitet und gelten für jeweils ein Jahr.

Bei einer signifikanten Änderung des Risikoprofils oder anderen aktuellen Anlässen, sind Risikoappetit und Risikotoleranzschwellen neu festzulegen.

Limitsystem

Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts ist ein konsistentes Limitsystem eingerichtet. Darin werden die von der Geschäftsleitung festgelegten Risikotoleranzschwellen auf die wichtigsten steuernden Organisationseinheiten heruntergebrochen. Das Limitsystem enthält die wichtigsten Indikatoren der Risiken und dient somit auch der Überwachung der Treiber der wesentlichen operationellen Risiken.

Unternehmensinterne Kommunikation und Risikokultur

Die Effektivität des Risikomanagements wird durch die Risikokultur beeinflusst, die wesentlich von den Führungskräften und Mitarbeitern getragen wird. Führungskräfte und Mitarbeiter der Bayerischen sind deshalb aufgefordert, durch ein ausgeprägtes Risikobewusstsein und Engagement dazu beizutragen, dass mögliche negative Entwicklungen für die BL frühzeitig erkannt und gesteuert werden können. Auf allen Ebenen der Bayerischen besteht generell die Verpflichtung, laufend potenzielle Risiken zu identifizieren, zu klassifizieren, zu berichten und zu überwachen.

Risikoberichterstattung

Die Geschäftsleitung der BL die Bayerische Lebensversicherung AG wird in vierteljährlichem Turnus über das Risikoprofil und die Erreichung der in der Risikostrategie festgelegten Ziele des Risikomanagements informiert. Die Maßnahmen der Risikobegrenzung sowie deren Wirkung werden aufgezeigt.

Weiterhin besteht die Pflicht zu Sofortberichterstattung bei Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten.

Risikostrategie

Mit der Risikostrategie legt der Vorstand der BL den Umgang mit den aus dem Umfeld, dem Geschäftsmodell und der Geschäftsstrategie resultierenden Risiken im Sinne der Steuerung und Mitigation verbindlich für die BL fest. Dazu geht die Risikostrategie neben der Risikotoleranz auf die Definition/Art, die Herkunft, den Umfang, den Zeithorizont und die Steuerung der eingegangenen Risiken ein. Dabei stellt die Geschäftsstrategie der BL Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen zur Erreichung der festgelegten Ziele dar und bildet somit die Basis für die konsistente Ableitung der Risikostrategie der BL.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und nach Beschluss durch den Vorstand dem Aufsichtsrat der BL vorgelegt.

Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Die BL führt jährlich eine reguläre unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment; ORSA) durch. Der ORSA-Prozess gliedert sich grundsätzlich in die vier Prozessschritte Risikoidentifikation und -beurteilung, zukünftige Risikoentwicklung, Analyse und Maßnahmen sowie Dokumentation bzw. Berichterstattung. Zentraler Inhalt des ORSA ist die Bestimmung des unternehmenseigenen Solvabilitätsbedarfs. Diesbezüglich wird die Standardformel auf Angemessenheit aus Sicht der individuellen Risikoexposition der BL geprüft. Sofern Abweichungen festgestellt werden, wird ein unternehmenseigener Ansatz zur Bewertung der Risiken verwendet. Dabei spielen sowohl quantitative als auch qualitative Untersuchungen eine entscheidende Rolle.

Die Ergebnisse der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung werden im ORSA-Bericht zusammengefasst und vom Vorstand der BL verabschiedet. Der ORSA-Bericht wird sowohl dem Aufsichtsrat als auch der BaFin vorgelegt.

Der ORSA-Prozess ist stark mit dem Unternehmensplanungsprozess verzahnt. So dient der ORSA beispielsweise dazu, die Auswirkungen der in der Unternehmensplanung abgebildeten Geschäftsstrategie auf das Risikoprofil einzuschätzen und ggf. Handlungsbedarf aufzuzeigen. Gleichsam liefert die Unternehmensplanung Anhaltspunkte für Stresstests und Szenarioanalysen, die im Rahmen des ORSA-Prozesses durchgeführt werden. Als Bindeglied dient dabei in erster Linie die RMF, die an beiden Prozessen maßgeblich beteiligt ist. Des Weiteren ist der Inhaber der RMF dauerhaftes Mitglied in wichtigen Gremien der BL und achtet somit auf eine angemessene Integration des ORSA in die wichtigsten Entscheidungsprozesse.

Das mittelfristige Kapitalmanagement erfolgt sowohl über die Unternehmensplanung der Konzerngesellschaften als auch über den ORSA. Dies umfasst insbesondere die geplante Entwicklung der Marktwerte der Aktiva und der Passiva sowie der Eigenmittelkomponenten aus der HGB-Rechnungslegung.

Neben dem regulär durchzuführenden ORSA ist zusätzlich bei eintretender oder absehbarer signifikanter Änderung des Risikoprofils sowie bei einem potenziellen Rückgang der Eigenmittel bei gleichbleibendem Risikoprofil ein nicht-regulärer ORSA durchzuführen. Dem Vorstand der BL obliegt dabei die Entscheidung, ob ein vollumfänglicher oder lediglich ein partieller ORSA-Prozess durchgeführt werden soll.

B.4 Internes Kontrollsystem

Die BL verfügt über ein internes Kontrollsystem (IKS), welches konzernweit einheitlich praktiziert wird.

Das IKS ist mit dem Risiko- und Compliance-Management-System verzahnt und trägt dazu bei, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sicherzustellen, die Vermögenswerte des Unternehmens abzusichern sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen bzw. externen Rechnungslegung und die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften zu gewährleisten.

Neben der Dokumentation der Aufbauorganisation mit der Festlegung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten beinhaltet das IKS strukturierte Prozessdokumentationen mit risikoorientierten Kontrollmaßnahmen unterschiedlicher Kontrollarten, welche den identifizierten und bewerteten Prozessrisiken begegnen und sicherstellen sollen, dass die Prozessziele erreicht werden.

Die Prozessverantwortlichen überwachen, ob die Regelungen des dokumentierten IKS und die Kontrollaktivitäten von den hiervon Betroffenen in den operativen Betriebsabläufen wie vorgesehen eingehalten bzw. durchgeführt werden.

Neben diesen prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen überwacht die Compliance-Funktion prozessunabhängig, ob die zur Vermeidung von Compliance-Risiken vorgesehenen Kontrollaktivitäten durchgeführt worden sind.

Im Rahmen einer zentral angestoßenen zweimal jährlich stattfindenden IKS-Abfrage hat der Prozessverantwortliche auch die Angemessenheit der Kontrollen zu beurteilen, d.h., ob diese geeignet sind, das Risiko hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder Ausmaß zu senken.

Einmal pro Jahr wird von der für das IKS zuständigen Koordinationsstelle ein schriftlicher IKS-Bericht erstellt und dem Vorstand sowie den Inhabern der Schlüsselfunktionen Risikomanagement, Compliance und Interne Revision zur Verfügung gestellt.

In ihrem jährlichen Compliance-Bericht nimmt die Compliance-Funktion im Rahmen Ihrer Überwachungsaufgabe auch dazu Stellung, ob die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie der aufsichtsbehördlichen Anforderungen durch angemessene und wirksame interne Verfahren sichergestellt wird.

Organisation der Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion ist in einer dezentralen Struktur organisiert.

Compliance-Funktion im engeren Sinn (i.e.S.)

Die Compliance-Funktion i.e.S. setzt sich zusammen aus einem Compliance-Officer und den dezentralen Compliance-Beauftragten.

Der Compliance-Officer koordiniert die Aktivitäten der gesamten Compliance-Funktion. Die Themenbereiche Kartellrecht, Fraud, Interessenkonflikte und die nicht fachbereichsspezifischen Themen des Versicherungsaufsichtsrechts werden unter der Verantwortung des Compliance-Officers zentral in der OE Recht/Compliance betreut.

Unterstützt wird der Compliance-Officer durch dezentrale Compliance-Beauftragte, die in ihrem Aufgaben- und Verantwortungsbereich die Aufgaben der Compliance-Funktion wahrnehmen.

Die OE Recht/Compliance unterstützt die dezentralen Compliance-Beauftragten bei spezifischen Compliance-Aufgaben wie z.B. der Überwachung und Kommunikation des Compliance-Risikos, dem

Rechtsmonitoring sowie durch rechtliche Beratung zu Compliance-Fragen und Informationsaustausch zu Compliance-relevanten Themen.

Compliance-Funktion im weiteren Sinn (i.w.S.)

Alle Führungskräfte der Bayerischen haben als Prozess- und/oder Risikoverantwortliche in ihrem Aufgaben- und Verantwortungsbereich dafür zu sorgen, dass die jeweiligen Geschäftsprozesse so gestaltet und durchgeführt werden, dass die Einhaltung der externen rechtlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt ist (Operationalisierung der gesetzlichen Anforderungen).

Schließlich haben alle Mitarbeitenden darauf zu achten, dass sie bei Ausübung ihrer Tätigkeit die externen rechtlichen Anforderungen und internen Vorgaben befolgen. Sie nehmen daher ebenfalls Compliance-Aufgaben wahr.

Abgrenzung zur Compliance-Funktion: Gesetzlich vorgeschriebene Unternehmensbeauftragte

Nicht zur Compliance-Funktion gehören gesetzlich vorgeschriebene Unternehmensbeauftragte wie bspw. der Beauftragte für den Datenschutz und der Beauftragte für Geldwäsche, denen spezialgesetzlich geregelte Rechtsbereiche übertragen sind, die von diesen eigenverantwortlich wahrgenommen werden. Insoweit überwacht die Compliance-Funktion jedoch, ob diese ihre Aufgaben wahrnehmen.

Rechte und Kompetenzen

Der Compliance-Officer ist im Rahmen der Wahrnehmung der Compliance-Aufgaben fachlich unabhängig und handelt weisungsfrei. Die Erstellung, Aktualisierung, Weiterentwicklung und Dokumentation der methodischen, prozessualen und strukturell organisatorischen Compliance-Vorgaben obliegt dem Compliance-Officer.

Die dezentralen Compliance-Beauftragten haben in Bezug auf den ihnen zugeordneten Aufgaben- und Verantwortungsbereich alle operativen Aufgaben der Compliance-Funktion wie bspw. die Überwachungsaufgabe. Ihnen stehen - bezogen auf ihren Aufgaben- und Verantwortungsbereich - die der Compliance-Funktion eingeräumten Rechte und Kompetenzen zu.

Die Geschäftsleitung und die anderen Organisationseinheiten müssen die Compliance-Funktion aktiv, vollumfänglich und wahrheitsgemäß über alle Tatsachen informieren, die für die Compliance-Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind der Compliance-Funktion i.e.S. folgende Rechte und Kompetenzen übertragen:

- Informationsrecht
- Richtlinien-Kompetenz
- Kontroll-Kompetenz
- Weisungs-Kompetenz (innerhalb der Linien-Verantwortung)
- Eskalationsrecht

Berichtspflichten

Die Compliance-Funktion hat ein Berichtswesen an die Geschäftsleitung implementiert, welches – abhängig von den spezifischen Informationsbedürfnissen der Empfänger – eine regelmäßige und eine Ad-hoc-Berichterstattung zu Compliance-Themen sicherstellt. Die Risikoverantwortlichen steuern bei Bedarf Informationen aus ihrem Verantwortungsbereich zeitnah bei, die seitens der Compliance-Funktion für eine adressatengerechte Berichterstattung benötigt werden.

Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt in regelmäßig stattfindenden Jour-fixe-Besprechungen mit dem zuständigen Ressortvorstand sowie in Form eines mindestens jährlichen schriftlichen Compliance-Berichts.

B.5 Funktion der Internen Revision

Die Konzernrevision ist ein unabhängiger und eigener Funktionsbereich zur Prüfung, Bewertung und Beratung von Gesellschaftsaktivitäten. Sie versteht sich als Partner der geprüften Bereiche und des Managements. Sie orientiert sich an den Unternehmenszielen. Dabei arbeitet die Revision nicht nur rückblickend, sondern berät auf Basis der Prüfungserkenntnisse auch zukunftsorientiert.

Die Konzernrevision der Bayerischen untersteht dem Vorstandsvorsitzenden der Muttergesellschaft BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G. und berichtet direkt an ihn. Sie führt Prüfungen innerhalb des gesamten Konzerns (inklusive Tochterunternehmen, Beteiligungen und ausgegliederter Bereiche und Prozesse) durch, wobei sie sich ergänzend auch externer Institutionen bedienen kann.

Die Konzernrevision hat ein uneingeschränktes Prüfungsrecht, das im Auftrag des Vorstandsvorsitzenden der Muttergesellschaft BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G. wahrgenommen wird und alle Unternehmensbereiche und betrieblichen Aufgabenstellungen umfasst. Dies gilt auch für ausgelagerte Funktionsbereiche (Outsourcing). Hieraus ergeben sich u.a. folgende Kompetenzen:

- Umfang und Dauer der einzelnen Prüfungen werden von der Revision festgelegt. Die einzelnen Prüfungen ergeben sich aus der mit der Geschäftsleitung abgestimmten risikoorientierten Planung.
- Wenn Gefahr im Verzug ist bzw. bei Verdacht auf illegale Handlungen hat die Konzernrevision ein außerordentliches Prüfungs- und Weisungsrecht und damit die generelle Vollmacht, alle erforderlichen Sofortmaßnahmen einzuleiten. In diesen Fällen ist sie unverzüglich einzuschalten.
- Die Revision ist in Ausübung ihres Prüfungsauftrages
 - **Organisatorische Unabhängigkeit:** Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet regelmäßig an den Vorstand sowie den Aufsichtsrat bzw. den Prüfungsausschuss. Sie ist frei von fachlichen Weisungen hinsichtlich Planung, Durchführung und Berichterstattung ihrer Prüfungs- und Beratungsleistungen.
 - **Freiheit von Interessenkonflikten:** Revisoren dürfen keine Prüfungen in Bereichen durchführen, in denen sie zuvor operative Verantwortung getragen haben, bis ein angemessener Zeitraum (mindestens ein Jahr) vergangen ist. Tätigkeiten der Internen Revision dürfen nicht mit Linien- oder Geschäftsverantwortung vermischt werden.
 - **Objektivität:** Revisoren müssen alle relevanten Sachverhalte unvoreingenommen prüfen und bewerten. Urteile sind allein auf Basis der Prüfungsergebnisse, nicht auf persönlichen Interessen oder äußere Einflussnahmen zu fällen.
 - **Zugang zu Informationen:** Die Interne Revision hat uneingeschränktes Informations-, Zugangs- und Auskunftsrecht zu allen für ihre Aufgaben relevanten Daten, Systemen und Mitarbeitern. Einschränkungen dieses Rechts würden die Unabhängigkeit beeinträchtigen und sind nicht zulässig. Sofern der Internen Revision dennoch Einschränkungen auferlegt werden, sind diese dem Aufsichtsrat zu melden.

Mitarbeitende der Internen Revision unterliegen Standesgrundsätzen. Eine wichtige Orientierung bieten hier die Grundsätze des „Institute of Internal Auditors“. Hieraus ergeben sich u.a. folgende Pflichten:

- Mitarbeitende der Internen Revision sind zur Ehrlichkeit, Objektivität, Verschwiegenheit, Neutralität, Sorgfalt und Loyalität verpflichtet.
- Mitarbeitende der Internen Revision müssen unabhängig von den zu prüfenden Aktivitäten und Personen sein.
- Mitarbeitende der Internen Revision müssen alle zur Kenntnis gelangten prüfungsrelevanten Tatsachen in geeigneter Form offenlegen. Dies ist in aller Regel der Revisionsbericht mit Anlagen bzw. die Arbeitspapiere (auch in digitaler Form) des Prüfers.
- Mitarbeitende der Internen Revision erklären jährlich in schriftlicher Form, dass ihnen die Inhalte des in den Internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision enthaltene Ethikkodex bekannt sind und sie nach diesen handeln.
- Mitarbeitende der Internen Revision sind dazu verpflichtet, mögliche Befangenheiten, die eine objektive Ausübung der Revisorentätigkeit beeinträchtigen könnten, der Revisionsleitung umgehend in schriftlicher Form anzuzeigen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VmF) ist zuständig für die Koordination der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Gewährleistung der Angemessenheit der verwendeten Methoden und der Datenqualität, sowie für Stellungnahmen zur Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Rückversicherung unter Solvency II.

Mindestens einmal pro Jahr legt die VmF dem Vorstand der BL einen Bericht in schriftlicher Form vor. Der Bericht dokumentiert alle von der VmF ausgeführten Aufgaben und deren Ergebnisse, benennt eindeutig eventuelle Unzulänglichkeiten in Bezug auf Daten, technische Verfahren, Methoden, Kenntnisse oder Fachwissen, gibt Empfehlungen dazu, wie diese Unzulänglichkeiten behoben werden könnten und äußert klar eventuell vorhandene Zweifel an der Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellung.

Die VmF der BL ist an die Muttergesellschaft des Konzerns, BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G., ausgegliedert. Der Inhaber der Funktion hat Zugang zu allen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben der VmF notwendig sind.

B.7 Outsourcing

Outsourcingentscheidungen liegen Überlegungen hinsichtlich Business Continuity, Verfügbarkeit und laufendem Erhalt von relevantem Expertenwissen sowie Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zugrunde.

Die Outsourcing-Politik der BL ist in der Leitlinie Outsourcing beschrieben. Diese enthält eine Definition der Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinn, die Unterscheidung zwischen Outsourcing, wichtigem (kritischem) Outsourcing und dem Outsourcing von Schlüsselfunktionen sowie eine Beschreibung des Prozesses. Mit der Einhaltung des Prozesses wird sichergestellt, dass die versicherungsaufsichtsrechtlichen Vorgaben an eine Ausgliederung eingehalten werden, wenn ein Geschäftsprozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit auf einen Dienstleister außerhalb oder innerhalb der Versicherungsgruppe die Bayerische ausgelagert wird.

Um Risiken im Zusammenhang mit dem Outsourcing wichtiger und kritischer Funktionen oder Tätigkeiten zu begrenzen, hat der Vorstand Kriterien für eine umfangreiche Due Diligence des Dienstleisters (Risikoanalyse bezogen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit, fachliche und technische Geeignetheit, ausreichende Kapazität, erforderliche rechtliche Genehmigungen sowie möglicher

Interessenkonflikte) und die in die Risikoanalyse einzubeziehenden Organisationseinheiten festgelegt. Am Ende des Prozesses steht die Ausarbeitung einer schriftlichen Entscheidungsvorlage für den Vorstand, auf dessen Grundlage dieser die Entscheidung für eine Ausgliederung trifft.

Nach der Leitlinie Outsourcing ist die Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten als wichtig und kritisch zu bewerten, wenn diese für den Versicherungsbetrieb unerlässlich ist, d.h. wenn das Unternehmen nicht in der Lage wäre, seine Leistungen ohne diese Funktion oder Tätigkeit zu erbringen.

Von dem Kriterium der Unverzichtbarkeit ausgehend, werden folgende Funktionen oder Versicherungstätigkeiten in der Regel als wichtig und kritisch angesehen:

- Vertrieb
- Underwriting
- Bestandsverwaltung
- Leistungsbearbeitung
- Rechnungswesen
- Kapitalanlage
- IT (wenn der Kern der Versicherungstätigkeit wie z.B. der Bestandsverwaltungsbereich betroffen ist).

Ferner wird die Ausgliederung der Schlüsselfunktionen

- Risikomanagement-Funktion
- Compliance-Funktion
- Versicherungsmathematische Funktion
- Interne Revisions-Funktion

als ein Sonderfall einer wichtigen und kritischen Ausgliederung angesehen.

Bei Teilausgliederungen erfolgt eine Beurteilung anhand der Umstände des Einzelfalls, ob die teilweise Ausgliederung als wichtig und kritisch anzusehen ist. Dabei wird geprüft, in welchem Verhältnis Art und Umfang des ausgegliederten Teils zu dem im Unternehmen verbleibenden Teil der Funktion oder Versicherungstätigkeit stehen. Werden die ausgegliederten Tätigkeiten von einer Mehrzahl von Dienstleistern erbracht, wird eine Gesamtbetrachtung vorgenommen.

Als mitarbeiterlose Gesellschaft erbringt die BL ihre Geschäftstätigkeit, indem sie im Wege eines konzerninternen Outsourcings auf Dienstleistungen der Konzernmuttergesellschaft BY mit Sitz in Deutschland zurückgreift. Dies umfasst auch alle wichtigen Funktionen oder Versicherungstätigkeiten:

- vier Schlüsselfunktionen
- Schlüsselaufgabe Asset Management und Vertriebsfunktion.

Für die elektronische Datenverarbeitung im Bereich der Bestandsverwaltung nutzt die BL im Rahmen der Konzernorganisation mit der „die Bayerische IT GmbH“ einen konzernangehörigen IT- Dienstleister mit Geschäftssitz in Deutschland. Bei diesen ausgegliederten IT-Dienstleistungen mit Versicherungsbezug handelt es sich nach der Leitlinie Outsourcing um ein wichtiges (kritisches) internes Outsourcing.

Darüber hinaus gibt es bei der BL keine wichtigen internen oder externen Ausgliederungen.

B.8. Sonstige Angaben

Keine Angaben.

C. Risikoprofil

Die Basis für das Risikoprofil bildet die Risikoinventur, in der alle identifizierten Risiken auf ihre Materialität geprüft und anschließend unter Berücksichtigung ihrer Abhängigkeiten den definierten Risikokategorien zugeordnet werden. Die Bewertung der Einzelrisiken erfolgt nach der Standardformel gemäß Solvency II. Dabei wird ein Einzelrisiko als materiell eingestuft, wenn der berechnete Risikokapitalbedarf mehr als 5% der vorhandenen Eigenmittel beträgt. Darüber hinaus gibt es Risiken, welche nicht über die Standardformel abgebildet werden, diese werden auf Grundlage qualitativer Einschätzungen bewertet.

Folgende Risikokategorien bzw. Einzelrisiken werden als materiell betrachtet:

- Marktrisiko
 - Aktienrisiko
 - Zinsrisiko
- Versicherungstechnisches Risiko Leben
 - Stornorisiko
- Versicherungstechnisches Risiko Kranken (nach Art der Leben)
 - Stornorisiko
- Operationelles Risiko

Die Höhe und Zusammensetzung der Einzelrisiken können dem Kapitel E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung entnommen werden.

Insgesamt gibt es bei der Bewertung der Risiken im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt (§ 7 Nr. 32 VAG). Die BL nimmt eine quantitative Messung des versicherungstechnischen Risikos anhand der Standardformel nach Solvency II vor. Vierteljährlich erfolgt zudem eine qualitative Experteneinschätzung des Risikos. Adverse Entwicklungen bzgl. des versicherungstechnischen Risikos sollen frühzeitig über das interne Limitsystem identifiziert werden, um geeignete Maßnahmen einleiten zu können. Beim versicherungstechnischen Risiko ergibt sich im Berichtszeitraum bei der Bewertung der Risiken keine Veränderung.

Das versicherungstechnische Risiko stellt, gemessen am Solvenzkapitalbedarf, die bedeutendste Risikokategorie der BL dar. Innerhalb des Risikomoduls erfolgt die Unterteilung in das versicherungstechnische Risiko Leben und das versicherungstechnische Risiko Kranken (nach Art der Leben). Letzteres beinhaltet in erster Linie die Berufsunfähigkeitsversicherung und bildet den größten Treiber des gesamten versicherungstechnischen Risikos. Ein versicherungstechnisches Risiko aus dem Nicht-Leben-Bereich besteht für die BL nicht.

Das wesentliche Einzelrisiko des versicherungstechnischen Risikos Kranken (nach Art der Leben) ist das Stornorisiko. Auch bei dem versicherungstechnischen Risiko Leben ergibt sich ein wesentliches Einzelrisiko aus Storno.

Für das wesentliche Risiko des versicherungstechnischen Risikos Kranken wird eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Ein 10% höherer Stress als in der Standardformel im Stornorisiko führt dabei zu einem Anstieg im Stornorisiko („Brutto“, vor Risikominderung durch zukünftige

Überschussbeteiligung) von 38.868 Tsd. Euro. Dies führt insgesamt zu einer Reduktion der Solvabilitätsquote um 6,3 Prozentpunkte.

Für das wesentliche Risiko des versicherungstechnischen Risikos Leben zeigt die Sensitivitätsanalyse, dass ein 10% höherer Stress als in der Standardformel im Stornorisiko zu einem Anstieg im Stornorisiko von 13.872 Tsd. Euro führt oder einer Reduktion der Solvabilitätsquote um 3,0 Prozentpunkte.

Wesentliche Risikokonzentrationen in Bezug auf das versicherungstechnische Risiko wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Zur Risikominderung des versicherungstechnischen Risikos bestehen bei der BL diverse Rückversicherungsverträge, die in erster Linie auf den versicherten Bestand des Invaliditätsrisikos sowie des Sterblichkeitsrisiko ausgerichtet sind. Der Risikotransfer erfolgt mittels Summenexzedentenverträgen, wodurch hauptsächlich große einzelvertragliche Risiken gemindert werden. Das primäre Ziel des Einsatzes von Rückversicherung ist somit die Homogenisierung des Bestands und die Verminderung des Schwankungsrisikos. Zusätzlich bestehen Quotenverträge. Zur Überwachung der Wirksamkeit der Rückversicherungsverträge werden in unregelmäßigen Abständen Analysen unter HGB und Solvency II durchgeführt. Zusätzlich erfolgt einmal jährlich eine Stellungnahme der versicherungsmathematischen Funktion zur risikomindernden Wirkung der bestehenden Rückversicherungsverträge.

C.2 Marktrisiko

Die BL die Bayerische Lebensversicherung AG ist als Versicherungsunternehmen auch dem **Marktrisiko** ausgesetzt. Neben dem versicherungstechnischen Risiko ist dies die zweite große Risikoposition. Es resultiert aus den Kapitalanlagen der Versicherung (und den finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern) und wird auf ein angemessenes Maß reduziert.

Die Kapitalanlagen werden unter dem Gesichtspunkt möglichst hoher Sicherheit und Rentabilität unter Berücksichtigung der erforderlichen Liquidität und unter Beachtung angemessener Mischung und Streuung angelegt. Der Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht wird konsequent befolgt. Insbesondere wurde auch im Berichtsjahr darauf geachtet, dass lediglich in Produkte investiert wurde, deren Risiken hinreichend bewertet, überwacht, gesteuert und kontrolliert werden können. Die Anlagen in Produkte, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden, erfolgten auf besonders vorsichtigem Niveau; auch auf eine breite Streuung der Kapitalanlagen wurde geachtet. Die Gesellschaft greift bei ihren Kapitalanlageentscheidungen auf am Markt verfügbare Informationen zur Bonität des Emittenten zurück. Dies umfasst grundsätzlich auch externe Ratings, allerdings achtet sie darauf, diese externe Experteneinschätzung nicht ungeprüft für ihre eigenen unternehmerischen Entscheidungen zu übernehmen. Jede Kapitalanlage im Direktbestand wird durch die Gesellschaft vor Investition einer Risikoanalyse (gemäß CRA III) unterworfen und das Ergebnis dokumentiert. Diese unternehmenseigene Risikoanalyse ergänzt somit die externen Expertenmeinungen und prüft deren Angemessenheit. Durch eine organisatorische Trennung zwischen risikoaufbauenden (Front Office) und verwaltenden (Back Office) Einheiten wird auch die Bearbeitung jeder Kapitalanlage durch verschiedene Sachbearbeiter in verschiedenen organisatorischen Einheiten sichergestellt.

Neue Kapitalanlagen werden grundsätzlich vor Erwerb in einem Neue-Produkte-Prozess bewertet und vor Erwerb auch im Kapitalanlageausschuss diskutiert. Der Erwerb erfolgt erst nach Zustimmung des Vorstands der Gesellschaft.

Im Rahmen des Kapitalanlagecontrollings werden Auswirkungen von Marktveränderungen auf die im Bestand befindlichen Kapitalanlagen durch den Einsatz von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen regelmäßig dargestellt.

Es wurde ein Stresstest zum Stichtag 31.12.2025 erstellt und somit das Marktrisiko gemessen, das sich durch Schwankungen auf dem Kapitalmarkt ergibt. Hier stehen Aktienkursrückgänge und Zinsanstiege im Vordergrund. Für Immobilien wurde ebenfalls ein Stresstest durchgeführt. Den per Ende 2025 durchgeführten Stresstest bestand die BL die Bayerische Lebensversicherung AG.

Das **Marktrisiko** trägt dabei dem Risiko Rechnung, das sich aus der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Aktiva und Passiva des Unternehmens beeinflussen. Dabei ist das Marktrisiko als Gefahr eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Finanzlage definiert, die sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt.

Das Marktrisiko setzt sich gemäß Solvency-II-Vorgaben aus verschiedenen szenariobasierten Teilrisiken zusammen:

- Zinsänderungsrisiko,
- Aktienrisiko,
- Immobilienrisiko,
- Spreadrisiko,
- Konzentrationsrisiko und
- Wechselkursrisiko.

Das **Zinsänderungsrisiko** betrifft die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.

Das **Aktienrisiko** betrifft die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.

Das **Immobilienrisiko** betrifft die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

Das **Spreadrisiko** betrifft die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Kredit-Spreads über der risikofreien Zinsstrukturkurve.

Das **Konzentrationsrisiko** bezeichnet sämtliche mit Risiken behafteten Engagements mit einem Ausfallpotential, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität oder die Finanzlage des Versicherungsunternehmens zu gefährden.

Das **Wechselkursrisiko** betrifft die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.

Ein Wechselkurs- bzw. Fremdwährungsrisiko ist nur in geringem Umfang vorhanden, da Kapitalanlagen ganz überwiegend in Euro getätigt werden. Das Konzentrationsrisiko wird durch eine breite Diversifizierung der Kapitalanlagen reduziert. Die Gesellschaft hält Immobilien nur im marktüblichen Umfang. Besondere Risikokonzentrationen sind für die Gesellschaft hieraus somit nicht erkennbar.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen bei den Marktrisiken.

Somit sind vor allem Zins- und Aktienrisiko für die Gesellschaft relevant. Weiterhin wird auch das Zinsänderungsrisiko beobachtet und durch die Angleichung der Duration von Aktiva und Passiva reduziert.

Für die wesentlichen Risiken des Marktrisikos werden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein 10% höherer Stress als in der Standardformel im Zinsrisiko führt dabei zu einem Anstieg im Zinsrisiko („Brutto“, vor Risikominderung durch zukünftige Überschussbeteiligung) von 1.011 Tsd. Euro. Dies führt insgesamt zu einer Reduktion der Solvabilitätsquote um 1,9 Prozentpunkte. Bei dem Aktienrisiko bewirkt ein 10% höherer Stress einen Anstieg von 13.651 Tsd. Euro, was einen Rückgang der Solvabilitätsquote von 8,5 Prozentpunkten zur Folge hat.

Dem Risiko von Marktpreisveränderungen wird zur Sicherstellung aller gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen auch durch den Einsatz derivativer Instrumente begegnet. Der Einsatz strukturierter Produkte und sonstiger derivativer Finanzinstrumente erfolgt im Rahmen der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben und ist für die Gesellschaft nur im sehr begrenzten Rahmen gegeben. Im Berichtsjahr wurden keine neuen derivativen Instrumente im Direktbestand erworben.

C.3 Kreditrisiko

Das **Kreditrisiko** i.w.S. bezeichnet allgemein das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen die BL die Bayerische Lebensversicherung AG Forderungen hat, und das in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spread-Risiken oder Konzentrationsrisiken auftritt. Während Spread- und Konzentrationsrisiken bereits in Kapitel C.2 betrachtet wurden, tritt somit in Kapitel C.3 das **Gegenparteiausfallrisiko** als zentrales Element des Kreditrisikos i.e.S. hinzu; es umfasst somit diejenigen Kreditrisiken, die vom Spreadrisiko nicht abgedeckt werden. Insbesondere umfasst es Rückversicherungsvereinbarungen und sonstige risikomindernde Verträge, Verbriefungen, Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern. Von der Gesellschaft gehaltene Sicherheiten, die die Gefahr des Ausfallrisikos mindern, werden bei der Ermittlung des Ausfallrisikos berücksichtigt. Es erfolgt dabei die Berücksichtigung der Gesamttrisikorexponierung gegenüber jeder Risikopartei. Das Gegenparteiausfallrisiko der Kapitalanlagen wird ständig überwacht und quartalsweise bei der Risikoberichterstattung sowie der SCR-Berechnung bewertet. Änderungen im Berichtszeitraum gab es hier keine.

Dem Kreditausfallrisiko im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen begegnet die Gesellschaft durch sorgfältige Auswahl der Schuldner bzw. Handelspartner. Der überwiegende Bestand an gerateten festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen ist in Investment-Grade Ratingklassen angelegt.

Die Platzierung der Rückversicherungen erfolgt ausschließlich bei großen, gut gerateten Rückversicherern.

Den größten Teil des Gegenparteiausfallrisikos der Gesellschaft machen folglich die Sichteinlagen und Girokonten der Gesellschaft aus. Diese sind bei verschiedenen großen in Deutschland sitzenden Kreditinstituten getätigt. Besondere Risikokonzentrationen sind für die Gesellschaft somit nicht erkennbar.

Im Gegensatz zum Marktrisiko wurde kein separater Stresstest für das Kreditrisiko durchgeführt.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das **Liquiditätsrisiko** bezeichnet die Gefahr, dass die BL die Bayerische Lebensversicherung AG nicht in der Lage ist, Kapitalanlagen und sonstige Vermögenswerte in finanzielle Mittel umzuwandeln, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei deren Fälligkeit pünktlich und in voller Höhe nachzukommen.

Die Liquiditätsentwicklung der BL die Bayerische Lebensversicherung AG ist durch unterjährig unterschiedliche Einzahlungshöhen gekennzeichnet, die für Zahlungen für Leistungen, für Gehälter sowie für ständig wiederkehrende Zahlungen verwendet werden. Somit übersteigen in manchen Monaten die laufenden Auszahlungen die Einzahlungen.

Durch eine kurzfristige (monatliche) und mittelfristige (jährliche) Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass die Gesellschaft jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Zum Ausgleich von Zahlungsspitzen dienen die liquiden Mittel.

Generell wird dem Liquiditätsrisiko jedoch nicht nur durch das Vorhalten dieser liquiden Mittel, sondern durch ausreichende Fungibilität und Diversifikation der Anlagen Rechnung getragen. Das bedeutet, dass u. U. auch auf die Zinsen und Rückflüsse aus dem Kapitalanlagebereich zurückgegriffen werden kann, um die Leistungen entsprechend zu bedienen. U.a. hierfür verfolgt die Gesellschaft eine unterjährige Liquiditätsplanung.

Aufgrund dieser Maßnahmen schätzt die Geschäftsleitung der Gesellschaft das Liquiditätsrisiko als gut beherrscht ein, so dass auch kein zusätzlicher Risikokapitalbedarf aus dem Liquiditätsrisiko resultiert.

Im Gegensatz zum Marktrisiko wurde kein separater Stresstest für das Liquiditätsrisiko durchgeführt.

Die in den künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinne betragen insgesamt 89.059 Tsd. Euro.

C.5 Operationelles Risiko

Operationelles Risiko bezeichnet das Risiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Es umfasst somit Rechtsrisiken, nicht aber Reputationsrisiken, Risiken aus strategischen Entscheidungen oder Risiken, die bereits in den anderen Risikomodulen behandelt werden.

Bei der Identifikation von operationellen Risiken sind vor allem all jene Risiken zu beachten, die entstehen

- durch Ausführungsfehler seitens der Mitarbeitenden der Bayerischen oder von im Rahmen von Ausgliederungsverträgen für die BL tätigen Personen,
- durch Betrug oder Versagen von Verarbeitungs- und Kontrollprozessen oder
- als direkte oder indirekte Folge von der Natur oder von Menschen verursachte Katastrophen wie Terrorangriffe, Brände, Überschwemmungen oder Pandemien.

Eine Erfassung der operationellen Risiken der Gesellschaft erfolgt mit der Risikoinventur. Die Risiken werden im Risikomanagement-System der Bayerischen über die zentrale Risikomanagement-Datenbank erhoben und dokumentiert. Des Weiteren werden insbesondere operationelle Risiken, die aus internen Prozessen resultieren über das interne Kontrollsystem beherrscht. Konkrete Arbeitsanweisungen und zugehörige Schlüsselkontrollen sind für jeden identifizierten Prozess definiert. Die Überwachung der Einhaltung dieser erfolgt neben der regelmäßigen Berichterstattung durch Prüfungen der Internen Revision.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos erfolgt mit Hilfe der Solvency II-Standardformel. Sensitivitätsanalysen werden aufgrund der vereinfachten Erfassung des operationellen Risikos (über einen Volumenansatz) im Standardmodell nicht durchgeführt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Es kann aber auch als Einzelrisiko auftreten.

Dieses Risiko resultiert für die BL aus der vom Vorstand festgelegten Geschäftsstrategie in der aktuell gültigen Version und wird bewusst eingegangen. Eine Quantifizierung des strategischen Risikos ist nicht vorgesehen. Die Analyse und Diskussion der Gesamtrisikosituation und der Risikotragfähigkeit erfolgt regelmäßig innerhalb des Risikokomitees, dem auch die Vorstände angehören.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z.B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden) ergibt. Ebenso wie das strategische Risiko ist das Reputationsrisiko in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Es kann aber auch als Einzelrisiko auftreten.

Dieses Risiko resultiert für die BL aufgrund einer Rufschädigung, bspw. durch ein Fehlverhalten. Reputationsrisiken sind grundsätzlich zu vermeiden bzw. zu minimieren. Eine Quantifizierung ist nicht vorgesehen. Die Beobachtung des Reputationsrisikos erfolgt durch den Bereich Unternehmenskommunikation.

Nachhaltigkeitsrisiko

Als Nachhaltigkeitsrisiko gilt ein Risiko in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung. Dabei werden Nachhaltigkeitsrisiken nicht isoliert betrachtet, sondern als Bestandteil der oben genannten Risikokategorien.

Im Bereich Umwelt stehen Klimarisiken im Vordergrund. Hier sind sowohl physische als auch transitorische Risiken relevant. Physische Risiken sind z.B. Extremwetterereignisse. Ein Beispiel für transitorische Risiken ist der potenzielle Wertverlust von Anlagen in CO₂-intensiven Branchen, die durch die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft an Wettbewerbsfähigkeit verlieren (sog. „stranded assets“).

Im Bereich Mitarbeitende und Soziales stellt der Fachkräftemangel aufgrund des demografischen Wandels und veränderter Anforderungen sowie die Arbeitgeberattraktivität ein Risiko dar.

Zur verantwortungsvollen Unternehmensführung gehört die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Standards. Verstöße können zu Reputationsschäden und finanziellen Sanktionen führen.

C.7 Sonstige Angaben

Keine Angaben.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die in der Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte in Tsd. Euro:

Vermögenswerte	Solvency II	HGB	Unterschied
Immaterielle Vermögenswerte	0	33	-33
Latente Steueransprüche	0	0	0
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	1.021.864	1.065.968	-44.104
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	210.400	211.614	-1.214
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	297.067	297.268	-201
Aktien	50.073	45.068	5.005
Aktien – notiert	49.894	44.890	5.005
Aktien – nicht notiert	178,4346	178	0
Anleihen	176.070	227.508	-51.438
Staatsanleihen	160.757	211.752	-50.996
Unternehmensanleihen	15.314	15.756	-442
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	288.254	284.510	3.745
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	1.088.010	1.088.010	0
Darlehen und Hypotheken	125.055	127.542	-2.487
Policendarlehen	0	0	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	3.997	4.096	-100
Sonstige Darlehen und Hypotheken	121.058	123.446	-2.387
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	37.980	195.036	-157.056
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Kran-	-16.882	140.175	-157.056

kenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen			
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	-2.001	131.306	-133.307
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	-14.880	8.869	-23.749
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	54.862	54.862	0
Depotforderungen	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.757	34.470	-32.713
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	59.729	59.845	-116
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.752	3.752	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	4.580	7.045	-2.466
Vermögenswerte insgesamt	2.342.765	2.581.740	-238.975

Fremdgenutzte Immobilien

Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung des Ertrags- oder des Vergleichswertverfahrens durch ein externes oder ein internes Gutachten unter Berücksichtigung der aktuellen Marktlage ermittelt.

Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen

In diesem Posten sind Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften enthalten. Für die Beteiligungen ist kein separater Marktwert verfügbar, daher wurden diese Beteiligungen für die Solvabilitätsübersicht mit alternativen Bewertungsmethoden, wie z.B. der adjustierten Eigenkapitalmethode bewertet (mark-to-model).

Die Bewertung erfolgt dann anhand des aktuellsten verfügbaren Berichts mit dem Net Asset Value der Beteiligung der BL die Bayerische Lebensversicherung AG, der um in der Zwischenzeit erfolgte Zahlungseingänge und Zahlungsabgänge (Rückzahlungen, ertragswirksame Leistungen) korrigiert wurde und somit zum Stichtag fortgeschrieben wurde.

Sofern für eine Beteiligung ein repräsentativer Marktwert oder marktnaher Wert verfügbar sein sollte (z.B. im Open Market einer Börse), erfolgt die Nutzung dieses anstelle der alternativen Bewertungsmethoden.

Aktien

Unter dem Posten Aktien werden sämtliche Equity-Investments ausgewiesen, die nicht der Definition von Beteiligungen unter Solvency II entsprechen. Unterschieden werden notierte und nicht-notierte Aktien. Da für nicht-notierte Equity-Investments in der Regel kein separater Marktwert verfügbar ist (mark-to-market), werden diese in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich mit alternativen Bewertungsmethoden wie z.B. der adjustierten Eigenkapitalmethode bewertet (siehe hierzu auch

Kapitel D.4). Die Bewertung erfolgt dann anhand des aktuellsten verfügbaren Berichts mit dem Net Asset Value des Equity-Investments der BL die Bayerische Lebensversicherung AG, der um in der Zwischenzeit erfolgte Zahlungseingänge und Zahlungsabgänge (Rückzahlungen, ertragswirksame Leistungen) korrigiert wurde und somit zum Stichtag fortgeschrieben wurde.

Sofern für eine Aktie ein repräsentativer Marktwert oder marktnaher Wert verfügbar sein sollte (z.B. im Open Market einer Börse), erfolgt die Nutzung dieses anstelle der alternativen Bewertungsmethoden.

Anleihen

Unter dem Posten Anleihen werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gemäß § 8 RechVersV, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die übrigen Ausleihungen ausgewiesen.

Der Posten Anleihen gliedert sich dabei in die Kategorien Staatsanleihen, Unternehmensanleihen, strukturierte Schuldtitel und besicherte Wertpapiere. Gemäß Vorgaben von Solvency II erfolgt die Bewertung der zinstragenden Titel zum „dirty value“, d.h. inklusive anteilige abzugrenzende Zinsen. Der Ausweis der einzelnen Wertpapiere unterscheidet sich daher von dem im Unternehmensregister veröffentlichten Jahresabschluss.

In der Solvabilitätsübersicht erfolgt die Bewertung notierter Anleihen zu Börsenkursen. Bei nicht notierten Anleihen erfolgt die Wertermittlung über alternative Bewertungsmethoden, zum Beispiel anhand der Barwertmethode unter Verwendung von Marktparametern.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Bei den Organismen für gemeinsame Anlagen handelt es sich größtenteils um verschiedene alternative Investmentfonds. Die Gesellschaft bewertet Anteile und Aktien an offenen Investmentvermögen zu Börsenkursen und, falls diese nicht vorhanden sind, zu Rücknahmepreisen. Als alternative Bewertungsmethode nutzt die Gesellschaft auch die Net Asset Values, die u.a. von den Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Verfügung werden. Organismen für gemeinsame Anlagen werden – soweit möglich – als Einzeltitel im Look-Through-Ansatz aufgegliedert.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Der Posten Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge beinhaltet die Kapitalanlagen, nach deren Wert sich der Wert oder die Überschüsse bei fondsgebundenen Verträgen bestimmen, und Kapitalanlagen zur Deckung von Verbindlichkeiten aus Verträgen, bei denen die Leistung indexgebunden ist.

In der Solvabilitätsübersicht erfolgt die Bewertung zu Marktpreisen bzw. Rücknahmepreisen u.a. anhand der von der Depotbank übermittelten Jahresabschlusskurse.

Darlehen und Hypotheken

In der Solvabilitätsübersicht sind Darlehen und Hypotheken zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Dieser ergibt sich auf Grundlage der mit den Darlehen und Hypotheken verbundenen Zahlungsströme und Diskontierung dieser mit der relevanten Zinsstrukturkurve (siehe hierzu auch Kapitel D.4). Bei Policendarlehen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Buchwert.

Latente Steueransprüche

In der Solvabilitätsübersicht sind latente Steueransprüche für abzugsfähige temporäre Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den Wertansätzen in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen, sofern ein künftiger Nutzenzufluss wahrscheinlich ist.

Die wesentlichen temporären Differenzen bei den latenten Steueransprüchen ergeben sich aus folgenden Positionen:

- Staatsanleihen
- Unternehmensanleihen
- Fonds für Private Equity
- sonstigen Darlehen und Hypotheken
- Einforderbare Beträge aus Rückversicherung
- Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern
- sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Aktive latente Steuern werden je nach Fristigkeit postenbezogen mit einem unternehmensindividuellen Steuersatz zwischen 27,70 % und 32,975 % bewertet und sind nicht abzuzinsen.

Der Ausweis aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt saldiert. Der Wert der latenten Steueransprüche vor Saldierung beläuft sich auf 116.160 Tsd. Euro. Die latenten Steueransprüche sind in voller Höhe werthaltig; sie sind vollständig durch passive latente Steuern in entsprechender Höhe gedeckt.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Der Posten beinhaltet in der Solvabilitätsübersicht ausschließlich fällige Beiträge von Versicherungsnehmern und Maklern.

Handelsrechtlich werden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft zum Nennbetrag angesetzt und gem. ihrer Werthaltigkeit einzeln und pauschal wertberichtigt.

Aufgrund der kurzen Restlaufzeit entspricht der Wertansatz dem beizulegenden Zeitwert nach HGB und beträgt 1.757 Tsd. Euro.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Position weist Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern aus. Eine Unterscheidung zwischen fälligen und überfälligen Beträgen ist nicht mehr vorzunehmen. (BaFin v. 01.01.2019 geändert am 11.10.2023)

Der Wertansatz entspricht aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dem Nennwert und beträgt 0 Tsd. Euro.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Der Wertansatz entspricht aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dem Nennwert und beträgt 59.729 Tsd. Euro.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die BL unterscheidet für den Ausweis der vt. Rückstellungen nach Solvency II drei wesentliche Geschäftsbereiche. Diese sind

- Krankenversicherung
- Versicherung mit Überschussbeteiligung
- Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung

Zum Stichtag 31.12.2025 stellen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen nach nationaler Rechnungslegung (HGB) sowie nach Solvabilität II wie folgt dar:

	Kranken- versicherung	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	Gesamt
vt. Rückst. HGB brutto	390.208	771.281	1.088.010	2.249.498
<i>(Vorjahr)</i>	<i>343.132</i>	<i>687.640</i>	<i>1.068.122</i>	<i>2.098.893</i>
vt. Rückst. Solvency II brutto	94.024	833.557	1.063.593	1.991.174
<i>(Vorjahr)</i>	<i>-16.868</i>	<i>781.694</i>	<i>1.067.332</i>	<i>1.832.158</i>
davon bester Schätzwert	68.288	820.171	1.061.989	1.950.448
<i>(Vorjahr)</i>	<i>-48.716</i>	<i>760.595</i>	<i>1.065.246</i>	<i>1.777.125</i>
davon Risikomarge	25.736	13.386	1.604	40.726
<i>(Vorjahr)</i>	<i>31.847</i>	<i>21.100</i>	<i>2.086</i>	<i>55.033</i>
einforderbare Beträge aus Rückversicherung	-2.001	-14.880	54.862	37.980
<i>(Vorjahr)</i>	<i>-32.060</i>	<i>-6.710</i>	<i>47.936</i>	<i>9.166</i>
vt. Rückst. Solvency II netto	96.025	848.437	1.008.731	1.953.194
<i>(Vorjahr)</i>	<i>15.191</i>	<i>788.404</i>	<i>1.019.396</i>	<i>1.822.992</i>

Nach den Anforderungen unter Solvabilität II setzen sich die vt. Rückstellungen aus einem besten Schätzwert und einer Risikomarge zusammen und werden unter Berücksichtigung von durch die Finanzmärkte bereitgestellten Informationen berechnet.

Dabei ermittelt sich der beste Schätzwert als wahrscheinlichkeitsgewichteter Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwertes des Geldes. Die Zahlungsströme werden dabei unter realistischen Annahmen und vor Berücksichtigung der Rückversicherung erstellt. Der Zeitwert der in den Versicherungsverträgen enthaltenen Garantien (Garantiezins) und Optionen (z.B. Kapitalwahlrecht des Versicherungsnehmers, Kündigungsmöglichkeit des Versicherungsnehmers) wird mittels stochastischer Kapitalmarktsimulationen ermittelt. Auf Basis dieser Simulationen wird ebenfalls der Wert der zukünftigen Überschussbeteiligung geschätzt.

Da die Berechnungskomplexität der vollständigen Projektion aller künftigen Solvenzkapitalanforderungen erheblich ist, verwendet die BL zur Berechnung der Risikomarge eine vereinfachte Methode gemäß

Artikel 58 a) DVO. Der Ansatz stützt sich auf die Methode 1) aus der Leitlinie 62 zu den versicherungstechnischen Rückstellungen (EIOPA-BoS-14/166 DE). Die verwendete Vereinfachung ist im Hinblick auf die Wesensart, den Umfang und die Komplexität der mit der Tätigkeit des Unternehmens einhergehenden Risiken angemessen.

Änderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen auf das Neugeschäft zurückzuführen.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht unterscheidet sich grundlegend von der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter HGB. Im Gegensatz zur Bewertung nach HGB werden für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II Rechnungsgrundlagen ohne Sicherheitszuschläge verwendet. Als Sicherheitspuffer unter Solvency II wird eine Risikomarge angesetzt. Zudem erfolgt die Berechnung der vt. Rückstellungen unter HGB unter Verwendung des vertraglich zugesagten Höchstrechnungszinses unter Berücksichtigung der Zinszusatzreserve. Für die Bewertung nach Solvency II wird im Gegensatz dazu eine risikolose Zinskurve angesetzt.

Die BL wendet weder die Übergangsmaßnahme gemäß § 352 VAG bei versicherungstechnischen Rückstellungen noch die Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen nach § 351 VAG an.

Die BL verwendet unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Volatilitätsanpassung (VA) der maßgeblichen Zinsstrukturkurve gemäß § 82 VAG, die per 31.12.2025 bei einem Wert von 14 Basispunkten liegt. Eine Matching-Anpassung nach § 81 VAG wird nicht verwendet.

Die Auswirkungen der Volatilitätsanpassung auf einschlägige Kennzahlen per 31.12.2025 sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

Kennzahl	Wert ohne RT inkl. VA	Wert ohne RT ohne VA
vt. Rückstellungen	1.991.174	1.986.106
Eigenmittel	176.661	179.358
SCR	71.813	72.995
MCR	17.953	18.249
Eigenmittel zur Bedeckung des SCR	176.661	179.358
Eigenmittel zur Bedeckung des MCR	176.661	179.358

Schätzungen der Annahmen zur Ermittlung der künftigen Zahlungsströme beruhen auf statistischen Verfahren und sind naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Der geschätzte Erwartungswert wird von dem tatsächlichen Erwartungswert der zugrundeliegenden Wahrscheinlichkeitsverteilung abweichen und die sich realisierenden Zahlungsströme werden sich aufgrund des Zufallsfehlers vom erwarteten Zahlungsstrom unterscheiden.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen hat die Parametrisierung der Managementregeln im Bewertungsmodell, die auch das zukünftige Verhalten der Versicherungsnehmer beinhalten. Die Ableitung der Parameter erfolgt sowohl aus Vergangenheitsdaten als auch anhand von Einschätzungen für die Zukunft. Insofern besteht auch diesbezüglich eine Unsicherheit, da sich retrospektiv Schätz- oder Annahmefehler in den Managementregeln herausstellen können.

Durch die bestehenden Rückversicherungsverträge entstehen aus den künftigen Zahlungsströmen Forderungen und Verbindlichkeiten seitens der BL gegenüber den beteiligten Rückversicherungsunternehmen. Diese werden in analoger Vorgehensweise zur Berechnung des besten Schätzwerts ermittelt und in der Solvenzbilanz als einforderbare Beträge aus Rückversicherung ausgewiesen. Die bestehenden Depotverbindlichkeiten gegenüber den Rückversicherungsunternehmen sind mit ihrem auf gleiche Vorgehensweise ermittelten Wert bilanziert. Um eine Doppelzählung der Verbindlichkeiten zu vermeiden, werden die einforderbaren Beträge um den Wert der Depotverbindlichkeiten erhöht.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle zeigt die in der Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten in Tsd. Euro:

Verbindlichkeiten	Solvency II	HGB	Unterschied
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	1.048	430	-618,47354
Rentenzahlungsverpflichtungen	1.199	1.798	599,006
Depotverbindlichkeiten	149.730	187.692	37.962
Latente Steuerschulden	7.938	0	-7.938
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.889	19.032	14.144
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	6.052	6.052	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	4.059	4.059	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	14	14	0
Sonstige Rückstellungen und Verbindlichkeiten gesamt	174.930	219.078	44.148

Latente Steuerschulden

Bestehen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den Wertansätzen in der Solvabilitätsübersicht temporäre Differenzen, sind für eine sich hieraus ergebende künftige Steuerbelastung passive latente Steuern anzusetzen.

Die wesentlichen temporären Differenzen bei den latenten Steuerschulden ergeben sich aus folgenden Positionen:

- Versicherungstechnische Rückstellungen
- Immobilien
- Anteile an Beteiligungen
- Aktien – nicht notiert

- Fonds für Private Equity
- Forderungen (Handel, nicht Versicherungen)
- Depotverbindlichkeiten
- Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Passive latente Steuern werden je nach Fristigkeit postenbezogen mit einem unternehmensindividuellen Steuersatz zwischen 27,70 % und 32,975 % bewertet und sind nicht abzuzinsen.

Der Ausweis aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt saldiert.

Der Wert der latenten Steuerschulden vor Saldierung beläuft sich auf 124.098 Tsd. Euro.

Nach Saldierung ergeben sich latente Steuerschulden in Höhe von 7.938 Tsd. Euro.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Position beinhaltet Beitragsvorauszahlungen von Versicherungsnehmern. Die Bewertung erfolgt aufgrund der kurzen Restlaufzeit mit dem Erfüllungsbetrag und beträgt 4.889 Tsd. Euro.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Position weist Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern aus. Eine Unterscheidung zwischen fälligen und überfälligen Beträgen ist nicht mehr vorzunehmen. (BaFin v. 01.01.2019 geändert am 11.10.2023)

Der Wertansatz entspricht aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dem handelsrechtlichen Erfüllungsbetrag und beträgt 6.052 Tsd. Euro.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Position beinhaltet die sonstigen Verbindlichkeiten. Insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und noch abzuführende Steuern.

Die Bewertung erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag in Höhe 4.059 Tsd. Euro.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Gemäß Solvency II sind Vermögenswerte (und Verbindlichkeiten) nach der folgenden Bewertungshierarchie zu bewerten: Ebene 1: Bewertung anhand von Marktpreisen, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte (und Verbindlichkeiten) notiert sind; Ebene 2: Bewertung anhand von Marktpreisen, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte (und Verbindlichkeiten) notiert sind, wobei Unterschiede zu berücksichtigen sind sowie Ebene 3: Bewertung anhand alternativer Bewertungsmethoden. Dies setzt die Gesellschaft entsprechend um.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der Aktiva und Passiva gemäß den Vorgaben von Solvency II mit Marktwerten („mark-to-market“), die an aktiven Märkten für identische Aktiva und Passiva notiert sind. Ist es für die Gesellschaft nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise zu verwenden, so erfolgt die Bewertung der Aktiva (und Passiva) grundsätzlich anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind – unter Beachtung der Unterschiede durch entsprechende Berichtigungen („mark-to-model“). Diese Berichtigungen spiegeln dann die für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit typischen Faktoren wider, wozu alle nachstehend genannten zählen: (a)

Zustand oder Standort des Aktivums/Passivums; (b) der Umfang, in dem sich Inputfaktoren auf Posten beziehen, die mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit vergleichbar sind, und (c) das Volumen oder Niveau der Aktivitäten in den Märkten, in denen die Inputfaktoren beobachtet werden. Grundsätzlich erfolgt auch die Bewertung der Immobilien mit mark-to-model.

Die Gesellschaft nutzt für die Bewertung von Aktiva und Passiva auch alternative Bewertungsmethoden, sofern auch der obige mark-to-model-Ansatz nicht möglich ist.

Dies betrifft aktivseitig den Bereich der Kapitalanlagen und umfasst dort Beteiligungen, nicht-notierte Aktien und (Hypotheken-)darlehen.

Eine Berücksichtigung der Bewertung um die Bonität der Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt dabei u.a. als adjusted equity („AEM“). Nicht-notierte Aktien sind größtenteils Alternative Investments und werden oft mit ihrem Net Asset Value bewertet. Hypothekendarlehen und andere Darlehen werden über die maßgebliche Zinsstrukturkurve und Spreadaufschläge abgebildet.

Die von der Gesellschaft genutzten alternativen Bewertungsverfahren bilden somit die Marktwertbewertung hinreichend gut nach. Die Gesellschaft prüft die Angemessenheit der genutzten Verfahren jeweils jährlich.

D.5 Sonstige Angaben

Keine Angaben.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Bei den Eigenmitteln der BL handelt es sich ausschließlich um Basiseigenmittel. Ergänzende Eigenmittel wurden nicht beantragt. Die Eigenmittel sind allesamt von der höchsten Qualität (Tier-Klasse 1). Sie sind ständig verfügbar und nachrangig gegenüber allen anderen Verpflichtungen.

Die verfügbaren Eigenmittel der Gesellschaft belaufen sich zum 31.12.2025 auf 176.661 Tsd. Sie entsprechen dem Überschuss der Vermögenswerte iHv. 2.342.765 Tsd. Euro über die Verbindlichkeiten iHv. 2.166.104 Tsd. Euro.

Die Eigenmittel der Gesellschaft setzen sich zum Stichtag wie folgend zusammen:

	2025	2024
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	2.080	2.080
Ausgleichsrücklage	174.581	159.354
Gesamtbetrag der anrechnungsfähigen Eigenmittel	176.661	161.434

Der Überschussfonds beträgt 0 Tsd. Euro, da die voraussichtliche Direktgutschrift in 2025 die freie RfB zum 31.12.2025 übersteigt.

Den verfügbaren Eigenmitteln in der Solvabilitätsübersicht steht ein handelsrechtliches Eigenkapital iHv. 113.163 Tsd. Euro (im Vj. 93.163 Tsd. Euro) gegenüber.

Aufgrund ihrer Qualität unterliegen sie keinen Beschränkungen in Bezug auf ihre Anrechenbarkeit. Die verfügbaren Eigenmittel sind zugleich die anrechenbaren Eigenmittel zur Einhaltung der Solvabilitätskapitalanforderung sowie zur Einhaltung der Mindestkapitalanforderung.

Das mittelfristige Eigenmittelmanagement ist Teil der Unternehmensplanung, insbesondere der Beurteilung im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvenzbeurteilung im Zeitablauf. Der Zeitraum des mittelfristigen Kapitalmanagements entspricht konsequenterweise demjenigen der Unternehmensplanung. Der Planungszeitraum beträgt fünf Jahre.

Die Vorgaben zur Eigenmittelausstattung werden durch den Vorstand über die Bedingungen zur Risikotragfähigkeit festgelegt. Durch die von der Geschäftsleitung geforderte Mindestbedeckungsquote ergibt sich eine Eigenmitteluntergrenze, die über das Limitsystem operationalisiert wird. Im Rahmen des ORSA-Prozesses wird überprüft, ob die Vorgaben auch im mehrjährigen Zeithorizont eingehalten werden. Damit wird sichergestellt, dass durch die definierte Geschäftsstrategie auch die Vorgaben zum Kapitalmanagement eingehalten werden.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) wurde die Standardformel herangezogen. Vereinfachte Berechnungen wurden nicht durchgeführt.

Der gesamte Kapitalbedarf der Gesellschaft zum 31.12.2025 beträgt:

- Solvenzkapitalbedarf: 71.813 Tsd. Euro (Vj. 54.607 Tsd. Euro)
- Mindestkapitalbedarf: 17.953 Tsd. Euro (Vj. 13.652 Tsd. Euro)

Die Solvenzkapitalanforderung setzt sich aus den einzelnen Risikokategorien wie folgt zusammen:

	2025	2024
Marktrisiko	203.893	160.133
Zins	10.109	9.641
Aktien	136.507	85.513
Immobilien	70.959	74.268
Spread	6.710	8.806
Marktrisikokonzentration	25.876	23.940
Währung	5.982	7.847
Ausfallrisiko	3.708	8.491
vt. Risiko Leben	152.644	192.819
Sterblichkeit	2.740	709
Langlebigkeit	5.764	15.002
Invalidität/Morbidität	0	0
Kosten	21.853	25.761
Revision	0	0
Storno	138.718	174.006
Katastrophen	280	267
vt. Risiko Kranken	418.300	427.775
Sterblichkeit	0	27
Langlebigkeit	10.724	11.537
Invalidität/Morbidität	83.429	80.578
Kosten	29.102	27.203
Revision	0	0
Storno	388.681	399.883
Katastrophen	741	858
Diversifikation	-202.868	-206.012
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Basis-SCR	575.863	583.207
operationelle Risiko	12.378	11.479
Risikominderung durch ZÜB	-508.491	-514.799
Risikominderung durch latente Steuern	-7.938	-25.280
SCR	71.813	54.607

Wesentliche Änderungen gab es beim Marktrisiko sowie beim versicherungstechnischen Risiko Leben. Letzteres hat seinen Grund vor allem in der Bestandsbewegung. Die Änderungen bei den Marktrisiken sind auf entsprechende geänderte Bestände zurückzuführen. Diese Änderungsgründe betreffen neben dem SCR in analoger Weise auch das MCR.

Die Bedeckungsquote für die Solvenzkapitalanforderung beträgt 246 %. Die Bedeckungsquote für die Mindestkapitalanforderung beläuft sich auf 984 %. Die angegebenen Werte unterliegen noch der aufsichtlichen Prüfung.

In die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung floss auch die risikomindernde Wirkung latenter Steuern ein.

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung setzt sich zusammen aus einem linearen Anteil, einer MCR-Obergrenze und einer MCR-Untergrenze, die vom SCR abhängig sind und einer absoluten Untergrenze der MCR, die gesetzlich vorgegeben ist. In den linearen Anteil für das nach Art der Lebensversicherung betriebene Geschäft gehen dabei die Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung getrennt nach garantierter Leistung und künftiger Überschussbeteiligung, sonstige Verpflichtungen und das Risikokapital ein.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die BL nutzt bei der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung nicht das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko, da sie nicht in den Kreis potentieller Anwender dieser Möglichkeit gemäß Art. 304 Solvency-II-Richtlinie gehört.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die BL nutzt für die Ermittlung von SCR und MCR die Standardformel. Ein eigenes internes Modell wurde nicht entwickelt, da dies aufgrund der Komplexität des Risikoprofils der Bayerischen als mittelständisches Versicherungsunternehmen nicht notwendig war und ist. Die Angemessenheit der Standardformel für die Charakteristika der BL wird im Rahmen des ORSA-Prozesses regelmäßig geprüft.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Im Geschäftsjahr 2025 wurden sowohl die Solvabilitätskapitalanforderung als auch die Mindestkapitalanforderung jederzeit eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Keine sonstigen Angaben.

Anhang

Im Anhang sind die folgenden zu veröffentlichen Meldebögen aufgeführt:

- S.02.01.02 (Bilanz)
- S.05.01.02 (Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen)
- S.12.01.02 (Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung)
- S.22.01.21 (Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen)
- S.23.01.01 (Eigenmittel)
- S.25.01.21 (Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden)
- S.28.01.01 (Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder -rückversicherungstätigkeit)

Alle Werte sind in Tausend Euro, sofern nicht anders angegeben.

S.02.01.02

Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte
 Latente Steueransprüche
 Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen
 Sachanlagen für den Eigenbedarf
 Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)
 Immobilien (außer zur Eigennutzung)
 Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen
 Aktien
 Aktien – notiert
 Aktien – nicht notiert
 Anleihen
 Staatsanleihen
 Unternehmensanleihen
 Strukturierte Schuldtitel
 Besicherte Wertpapiere
 Organismen für gemeinsame Anlagen
 Derivate
 Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten
 Sonstige Anlagen
 Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge
 Darlehen und Hypotheken
 Policendarlehen
 Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen
 Sonstige Darlehen und Hypotheken
 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:
 Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen
 Krankenversicherungen
 Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen
 nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
 Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen
 Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und
 indexgebundenen Versicherungen
 nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
 Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und
 indexgebundenen Versicherungen
 Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden
 Depotforderungen
 Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Forderungen gegenüber Rückversicherern
 Forderungen (Handel, nicht Versicherung)
 Eigene Anteile (direkt gehalten)
 In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte,
 aber noch nicht eingezahlte Mittel
 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte
Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	0
R0040	0
R0050	
R0060	39
R0070	1.021.864
R0080	210.400
R0090	297.067
R0100	50.073
R0110	49.894
R0120	178
R0130	176.070
R0140	160.757
R0150	15.314
R0160	
R0170	
R0180	288.254
R0190	
R0200	
R0210	
R0220	1.088.010
R0230	125.055
R0240	
R0250	3.997
R0260	121.058
R0270	37.980
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	-16.882
R0320	-2.001
R0330	-14.880
R0340	54.862
R0350	
R0360	1.757
R0370	
R0380	59.729
R0390	
R0400	
R0410	3.752
R0420	4.580
R0500	2.342.765

S.02.01.02

Bilanz

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Eventualverbindlichkeiten
 Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen
 Rentenzahlungsverpflichtungen
 Depotverbindlichkeiten
 Latente Steuerschulden
 Derivate
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern
 Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten insgesamt
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0510	
R0520	
R0530	
R0540	
R0550	
R0560	
R0570	
R0580	
R0590	
R0600	927.581
R0610	94.024
R0620	
R0630	68.288
R0640	25.736
R0650	833.557
R0660	
R0670	820.171
R0680	13.386
R0690	1.063.593
R0700	
R0710	1.061.989
R0720	1.604
R0740	
R0750	1.048
R0760	1.199
R0770	149.730
R0780	7.938
R0790	
R0800	
R0810	
R0820	4.889
R0830	6.052
R0840	4.059
R0850	
R0860	
R0870	
R0880	14
R0900	2.166.104
R1000	176.661

S.05.01.02

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen						Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	122.111	139.352	159.430						420.892
Anteil der Rückversicherer	R1420	59.876	1.471	20.562						81.910
Netto	R1500	62.234	137.881	138.868						338.983
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	122.101	139.390	159.430						420.920
Anteil der Rückversicherer	R1520	59.711	1.471	20.562						81.744
Netto	R1600	62.390	137.919	138.868						339.177
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	16.764	64.017	76.409						157.190
Anteil der Rückversicherer	R1620	7.760	2.266	6.861						16.887
Netto	R1700	9.004	61.751	69.548						140.303
Angefallene Aufwendungen										
	R1900	-14.865	9.044	42.268						36.447
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge										
	R2510									70.969
Gesamtaufwendungen										
	R2600									107.416
Gesamtbetrag Rückkäufe										
	R2700	132	33.790	44.120						78.042

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0050				C0060
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010								
	R0020								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge									
Besten Schätzwert									
Besten Schätzwert (brutto)	R0030	820.171		0	1.061.989			1.882.160	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	-14.880		0	54.862			39.982	
Besten Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	835.051		0	1.007.127			1.842.178	
Risikomarge	R0100	13.386	1.604					14.990	
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	833.557	1.063.593					1.897.150	

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensve rsicherungsver trägen und im Zusammenhan g mit Krankenversic herungsverfli chtungen	Krankenrück versicherung (in Rückdeckun g übernommen es Geschäft)	Gesamt (Krankenve rsicherung nach Art der Lebensversi cherung)
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	C0190	C0200	
	C0160	C0170	C0180	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/ gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet					
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge					
Bester Schätzwert					
Bester Schätzwert (brutto)					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/ gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen			68.288		68.288
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/ gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt			-2.001		-2.001
Risikomarge					
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt					
	25.736		70.289		25.736
	94.024				94.024

S.22.01.21

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnah me bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	1.991.174	0	0	-5.068	0
Basiseigenmittel	R0020	176.661	0	0	2.697	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	176.661	0	0	2.697	0
SCR	R0090	71.813	0	0	1.182	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	176.661	0	0	2.697	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	17.953	0	0	295	0

**S.23.01.01
Eigenmittel**

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und d
- Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Überschussfonds
- Vorzugsaktien
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
- Ausgleichsrücklage
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

- Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

- Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
- Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
- Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
- Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138
- Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	2.080	2.080			
R0030					
R0040					
R0050					
R0070	0	0			
R0090					
R0110					
R0130	174.581	174.581			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	176.661	176.661			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					

**S.23.01.01
Eigenmittel**

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

Ausgleichsrücklage

- Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
- Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
- Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
- Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
- Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
R0500	176.661	176.661			0
R0510	176.661	176.661			
R0540	176.661	176.661	0	0	0
R0550	176.661	176.661	0	0	
R0580	71.813				
R0600	17.953				
R0620	2,46				
R0640	9,8401				

	C0060
R0700	176.661
R0710	
R0720	
R0730	2.080
R0740	
R0760	174.581
R0770	89.059
R0780	
R0790	89.059

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenpartei ausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0090	C0120
R0010	203.893		
R0020	3.708		
R0030	152.644		
R0040	418.486		
R0050			
R0060	-202.868		
R0070	0		
R0100	575.863		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Solvvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	C0100
R0130	12.378
R0140	-508.491
R0150	-7.938
R0160	
R0200	71.813
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	71.813
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

	Ja/Nein
	C0109
R0590	Approach based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

VAF LS
 VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern
 VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre
 Maximum VAF LS

	VAF LS
	C0130
R0640	-7.938
R0650	-7.938
R0660	
R0670	
R0680	
R0690	

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0010			
MCR _{NL} -Ergebnis	R0010	0	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030			
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080			
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090			
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130			
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040			
MCR _L -Ergebnis	R0200	-49.029	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
			C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	0		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	1.291.651		
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	1.007.127		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240			
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250			15.838.619

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070	
Lineare MCR	R0300	-49.029
SCR	R0310	71.813
MCR-Obergrenze	R0320	32.316
MCR-Untergrenze	R0330	17.953
Kombinierte MCR	R0340	17.953
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	4.000
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	17.953